www.laender-analysen.de/russland





Nr. 420 | 16.05.2022

Russland-Analysen

Emigration, Exil, Flucht

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde	Deutsches Polen-Institut	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien	Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropa-forschung	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH













ANALYSE

»Emigration mit Verantwortung«: Die Aktivitäten russischer demokratisch orientierter Migrant:innen und ihre Reaktionen in der EU auf Russlands Krieg gegen die Ukraine

Joanna Fomina (Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau)

DOI: 10.31205/RA.420.01

Zusammenfassung

Als Reaktion auf den Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat sich eine Reihe emigrierter russischer Dissident:innen in Europa gegen den Krieg engagiert. Die unterschiedlichen Antikriegs-Aktivitäten russischer Migrant:innen lassen sich insgesamt in drei Dimensionen unterteilen: eine symbolische (Antikriegs-Demonstrationen, neue russische Symbole), materielle Hilfe (finanzieller und nicht finanzieller Art) für Ukrainer:innen und ukrainische Flüchtende sowie eine informationelle Dimension (Gegen-Propaganda und investigativer Journalismus). Die Migrantenorganisationen und die Personen, die sich bei diesen Aktivitäten engagieren, bilden zudem das Rückgrat einer eventuellen zukünftigen Annäherung zwischen den Gesellschaften in der Ukraine, in Europa und in Russland.

Russland auf der Suche nach Freiheit verlassen

Eine der Folgen von Russlands Krieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, bestand in der Auswanderung von russischen Regimekritiker:innen und Gegner:innen der russischen militärischen Aggression. Dieser drastische Anstieg politisch motivierter Emigration ist Teil eines breiteren und schon länger bestehenden Phänomens, bei dem demokratisch orientierte Russ:innen vor der Wahl standen und stehen, Russland zu verlassen oder die Konsequenzen für ihre politische Haltung zu tragen. Die Reaktion von Putins Regime auf die Massenproteste gegen die gefälschten Wahlen von 2011 und 2012 hat zu einer Spirale der Repression gegen Andersdenkende und zu einer zunehmenden Welle politisch motivierter Migration aus Russland geführt. Diese Migrationswelle umfasst eine ganze Reihe von Personengruppen: Journalist:innen, politische und gesellschaftliche Aktivist:innen, Angehörige ethnischer, sexueller oder religiöser Minderheiten, Regimekritiker:innen und selbst jene, die nur einmalig an öffentlichen Massenprotesten teilgenommen hatten. Sie wollen einfach einer Drangsalierung durch die Behörden oder einer Inhaftierung entrinnen. Die Inhaftierung von Alexej Nawalnyj 2019 und die anschließende Verfolgung der Aktivist:innen von Nawalnyjs Antikorruptionsstiftung löste einen weiteren sprunghaften Anstieg der politisch motivierten Emigration aus, welcher nun die jüngste Auswanderungswelle von russischen Kriegsgegner:innen folgt. Was die Angehörigen dieser jüngsten Runde politischer Emigration vereint, die von vielen Wissenschaftler:innen als »fünfte Welle« bezeichnet wird, ist die Opposition gegen die Vergehen des Regimes im Kreml, die Angst vor Verfolgung und das Gefühl, dass man in Russland nichts tun könne. Generell ist zwar anzunehmen, dass die Abwanderung aktiver, demokratisch gesonnener Bürger:innen zu einer weiteren Zementierung des autoritären Regimes beiträgt. Dennoch belegt die Erfahrung vieler, die Russland verlassen haben, das Gegenteil. Die Forschung zeigt, dass trotz Emigration viele russische Migrant:innen in der Lage sind, über Grenzen hinweg prodemokratische zivilgesellschaftliche oder politische Aktivitäten fortzuführen oder anzustoßen.

Es ist zwar nahezu unmöglich, eine zuverlässige quantitative Analyse zu den russischen Migrant:innen in der EU oder gar zum demokratisch eingestellten Teil von ihnen anzustellen, weil die verschiedenen Datenquellen nicht ausreichend oder widersprüchlich sind. Allerdings gibt uns eine qualitative Analyse des Verlaufs, der Mechanismen und der Bandbreite der politischen Einstellungen sowie der damit verbundenen Verhaltensmuster eine Vorstellung von der jüngsten politisch motivierten Emigration aus Russland an die Hand. Die Gemeinschaft der russischen Migrant:innen in den Mitgliedstaaten der EU ist in vielerlei Hinsicht divers, auch in Bezug auf die politische Orientierung. Dort leben dissidentische Migrant:innen aus Russland neben kremltreuen und jenen, die anscheinend apolitisch sind. Letzteres wird allerdings in dem aktuellen polarisierten Kontext zunehmend schwierig. Diese Analyse konzentriert sich vor allem auf das zivilgesellschaftliche und politische Engagement als Reaktion auf den Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine; den Kontext bilden hierbei prodemokratische Aktivitäten der russischen Migrant:innen im vergangenen Jahrzehnt.

Prodemokratische Aktivitäten russischer Migrant:innen in der EU

Die relative Sicherheit, die die EU bietet, der Zugang zu europäischen Eliten und der öffentlichen Meinung

dort sowie das Fehlen von Geldquellen in Russland hat viele russische Migrant:innen dazu gebracht, sich in unterschiedlicher Form gegen das Putin-Regime und für Demokratie zu engagieren. Die genaue Anzahl demokratisch orientierter russischer Migrant:innen im Allgemeinen oder jener, die sich aktiv für Demokratie und gegen das Regime engagiert haben, ist nur schwer abzuschätzen. Bis 2019 sind in den EU-Staaten nicht weniger als 20 NGOs und 30 Medien von demokratisch eingestellten Russ:innen gegründet worden. Als Reaktion auf den Krieg von 2022 sind neue Initiativen aus dem Boden geschossen. Darüber hinaus haben es einige russische prodemokratische Aktivist:innen geschafft, ihre Organisationen, deren Filialen oder ihre Medien, an neue Standorte zu verlegen. Andere wiederum haben ihr prodemokratisches Engagement für Russland fortgeführt und sich dazu europäischen Organisationen oder Institutionen angeschlossen. In einigen Fällen ist es ihnen gelungen, für in Russland ansässige Institutionen weiterzuarbeiten. Noch andere haben sich für ein individuelles Engagement entschieden, etwa für eine Teilnahme an Protesten, für Spenden, das Führen von Blogs usw. Bald nach der Emigrationswelle, die 2012 einsetzte, hat sich bei russischen migrantischen Aktivist:innen die Vorstellung verbreitet, dass »Emigration nicht verantwortungslos sein muss«. Dabei geht es um die Überzeugung, dass emigrierte Aktivist:innen die Pflicht haben, sich im Ausland gegen das Regime im Kreml zu engagieren und ihre Solidarität mit der russischen Zivilgesellschaft und der ukrainischen Gesellschaft zu zeigen. Zu den thematischen Bereichen des prodemokratischen Engagements russischer Migrant:innen in der EU gehören: freie und faire Wahlen, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten, Korruptionsbekämpfung, Umweltschutz und das Vorgehen gegen russische staatliche Propaganda. Seit der Annexion der Krim 2014 und Russlands Krieg im Donbas sowie seit dem aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine gehört hierzu auch das Engagement gegen Krieg. Dieser Beitrag konzentriert sich auf letzteres.

Der jüngste Akt russischer militärischer Aggression gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, ist in der EU und weltweit zu einem wichtigen Katalysator für die Mobilisierung demokratisch gesonnener Russ:innen geworden. Neben dem starken Solidaritätsgefühl für die Ukraine und deren Bevölkerung gerät dies fast zu einer Art Selbsttherapie, um das Gefühl der Schuld und der Hilflosigkeit zu verarbeiten.

Russ:innen in Europa gegen den Krieg: drei Dimensionen des Engagements

Die verschiedenen Aktivitäten von russischen Migrant:innen gegen den Krieg können insgesamt in drei Dimensionen unterteilt werden: eine symbolische, eine materielle (finanziell wie nicht finanziell) und eine informationelle. Zur symbolischen Dimension gehören konkrete Schritte, die eine intensive Opposition zum Vorgehen ihres Heimatlandes demonstrieren sollen, insbesondere Protestmärsche und andere öffentliche Veranstaltungen. Die Botschaften auf den Plakaten und Bannern, die russische Migrant:innen durch europäische Städte trugen, lauteten beispielsweise: »Ich bin Russe und gegen den Krieg!«, »Putin ist nicht Russland«, »Stoppt Putins Krieg« oder »Ukraine, vergib uns!«.

Die Urheber:innen des neuen Symbols eines zukünftigen demokratischen und friedlichen Russlands, der weiß-blau-weißen Flagge, sind nur schwer zu identifizieren. Es gibt eine Reihe von im Ausland lebenden Russ:innen, die mit dieser Idee und ihrer Verbreitung in Verbindung gebracht werden, insbesondere die in Berlin lebende Designerin Kai Katonina. Auf jeden Fall ist die weiß-blau-weiße Flagge bereits dermaßen zu einem wichtigen international erkennbaren Symbol für russische Migrant:innen geworden, die sich gegen den Krieg wenden, dass sie von den russischen Behörden als extremistisches Symbol verboten wurde. Die Idee dahinter ist, dass die ursprüngliche weiß-blau-rote Trikolore der Russischen Föderation als Symbol für Blutvergießen, Unterdrückung und Totalitarismus moralisch unwiederbringlich kompromittiert ist. Durch die Entfernung des Blutroten distanziert sich der prodemokratische Teil der russischen Gesellschaft symbolisch vom blutrünstigen Regime in Russland und kann sich unter einem neuen, positiven Symbol zusammenschließen.

Die sozialen Medien stellen ebenfalls eine wichtige Bühne für russische Migrant:innen dar, um ihre Opposition zu Russlands Krieg zum Ausdruck zu bringen. Dort können sie Antikriegsgruppen beitreten, Profilfotos mit der ukrainischen Flagge unterlegen, Antikriegs-Posts schreiben sowie Memes teilen und sich an Online-Diskussionen beteiligen. Die sozialen Medien bieten die Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Mobilisierung und zur Zusammenarbeit von prodemokratischen und gegen den Krieg eingestellten Russ:innen. So fanden beispielsweise vom 7. bis 10. April 2022 in über 20 europäischen Städten koordinierte Antikriegs-Aktionen statt, die von Initiativgruppen russischer Migrant:innen organisiert und durchgeführt wurden.

Die zweite Dimension ist die materielle (und somit ganz praktische). Hierzu gehört sowohl finanzielle und andere materielle Hilfe wie auch freiwillige Unterstützung an den Grenzübergängen, Flüchtlingsaufnahmezentren und anderen staatlichen oder kommunalen Institutionen, die für die Unterbringung und Unterstützung Geflüchteter zuständig sind. Russische Migrant:innen sind aktiv gewesen, um Geld zu sammeln und humanitäre Hilfe für die Ukraine zu organisieren, die versucht, die russische Invasion abzuwehren. Sie helfen

ukrainischen Fliehenden, aus den kriegsgeplagten Städten herauszukommen, organisieren Hilfe an der Grenze und nehmen ukrainische Flüchtlingsfamilien bei sich auf. Einige russische Migrant:innen mit der entsprechenden beruflichen Qualifikation geben ukrainischen Geflüchteten kostenlose psychologische, medizinische und rechtliche Hilfe oder Unterstützung als Dolmetscher:in oder Übersetzer:in. Zu den Akteur:innen gehören bereits etablierte Organisationen wie auch ad hoc gestartete informelle Initiativen und einzelne Freiwillige, beispielsweise »Russ:innen für die Ukraine« (Warschau). Ein weiteres Beispiel materieller Hilfe, das zudem eine symbolische Dimension hat, sind Stipendien für ukrainische Studierende. Zu nennen sind hier die Boris-Nemzow-Stiftung (Bonn), die Zimin-Stiftung und die Kunstfakultät der Karls-Universität, die fünf zweijährige Stipendien für junge Ukrainerinnen anboten, die sich aktuell in keinem Universitätsprogramm befanden.

Neben der Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine und für die militärischen Verteidigungsanstrengungen der Ukraine bieten russische prodemokratische Migrant:innen Hilfe für Russ:innen, die gezwungen sind, ihr Land wegen ihrer politischen Einstellung, ihrer Haltung gegen den Krieg oder ihrer beruflichen oder zivilgesellschaftlichen Betätigung zu verlassen. Hierzu gehört die Unterstützung bei der Ausreise aus Russland, der Legalisierung des Aufenthalts im Ankunftsland und bei der Ansiedlung in einem neuen Staat. Von Bedeutung sind auch Strukturen und Netzwerke zur Mobilisierung nach der Ankunft in der relativen Sicherheit der EU oder in anderen Staaten wie etwa Georgien.

Die Dimension im Bereich der Informationsverbreitung und Kommunikation umfasst die Aktivitäten russischer Journalist:innen, Kommentator:innen und Wissenschaftler:innen, die Russland verlassen haben. Diese Dimension zielt darauf ab, das russische Publikum über die Entwicklungen im Krieg, die tatsächliche Rolle der Russischen Föderation, die militärischen Aktivitäten und über Kriegsverbrechen zu informieren, um der russischen staatlichen Propaganda und Desinformation entgegenzuwirken. Auch soll die ukrainische und europäische Öffentlichkeit darüber informiert werden, dass die russische Gesellschaft hinsichtlich einer Unterstützung für den Krieg keineswegs einhellig ist.

Eine dieser emigrierten Journalist:innen, die in Warschau ansässige Oxana Baulina, hat für ihre Arbeit mit dem Leben bezahlen müssen. Sie wurde durch eine russische Rakete getötet, als sie für den *Insider* an einem Bericht aus einem zuvor bombardierten Kyjiwer Stadtteil arbeitete. Der *Insider* ist eine 2013 gegründete unabhängige Online-Zeitung, die auf investigativen Journalismus, Faktenchecks und politische Analyse spezialisiert ist. Ein weiteres Beispiel für informationelle Aktivität und investigativen Journalismus ist das Projekt *Scanner*, dessen Aktivist:innen (von denen viele in der EU ansässig sind) die Ergebnisse ihrer Recherchen veröffentlichen, bei denen es um grenzüberschreitende Korruption (u. a. im Zusammenhang mit der Finanzierung des Krieges) geht.

Ist dieses Engagement relevant?

Warum nun sind diese Aktivitäten wichtig, wo sie doch nur von einer Handvoll russischer Migrant:innen unternommen werden, während gleichzeitig russische Migrant:innen entweder passiv sind oder den Krieg gar offen unterstützen? Einer der Gründe ist darin zu sehen, dass dies letztendlich zum Sturz des autokratischen Regimes in Russland beitragen könnte. Ein weiterer Grund ist, dass damit einem nationalistischen, xenophoben und militaristischen Engagement der russischen Diaspora entgegengewirkt wird, insbesondere in bestimmten EU-Staaten wie Deutschland und Lettland. Zudem bilden diese Aktivitäten das Rückgrat einer eventuellen zukünftigen Annäherung zwischen der ukrainischen, der europäischen und der russischen Gesellschaft. Russische Migrant:innen agieren nicht in einem Vakuum, sondern kooperieren mit europäischen und ukrainischen Freiwilligen, Organisationen und Medien. Während man in Russland mit einem Antikriegs-Engagement seine Freiheit oder gar sein Leben riskiert, ist es in der relativen Sicherheit von Resident:innen in EU-Mitgliedstaaten leichter, Putins Regime zu kritisieren und dessen Opfer zu unterstützen. Zudem ist es für die demokratischen Gesellschaften der EU-Staaten von sehr großer Bedeutung, dass dort die Stimmen von Migrant:innen präsent sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. *Joanna Fomina* ist Assistant Professor am Institut für Philosophie and Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Sie absolvierte Masterstudiengänge an der Jagiellonen-Universität in Kraków sowie der Humboldt-Universität zu Berlin und hat an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Sozialwissenschaften promoviert. Ihr Forschungsinteresse gilt der Integration der EU, der Migrations- und Integrationspolitik wie auch der zivilgesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Migrant:innen sowie der Euroskepsis, dem Populismus und der Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa. Sie verfügt auch über weitreichende Arbeitserfahrung mit internationalen und Nichtregierungsorganisationen, unter anderem mit dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE, der Stephan-Báthory-Stiftung in Warschau, dem australischen Institute of Public

Affairs und Amnesty International. Ihr jüngstes Buch »Political Dissent and Democratic Remittances. The Activities of Russian Migrants in Europe« ist 2021 bei Routledge erschienen.

Lesetipps

- Joanna Fomina (2022) Political Dissent and Democratic Remittances. The Activities of Russian Migrants in Europe. London: Routledge, https://www.routledge.com/Political-Dissent-and-Democratic-Remittances-The-Activities-of-Russian/Fomina/p/book/9780367551834.
- OK Russians. https://okrussians.org/ (s. auch die Dokumentation hierzu in dieser Ausgabe).
- Olga Romanowa (2022) Unsere Schuld, unsere Verantwortung. Die Zeit, 06. April 2022, https://www.zeit.de/kultur/2022-04/russland-schuld-verantwortung-ukraine-krieg.
- The Insider (2022) Oksana Baulina, a journalist for The Insider, dies under fire in Kyiv after a rocket strike on a shopping center in Podil, 23. März 2022, https://theins.ru/en/news/249571.
- Russians for Ukraine. https://rfu2022.org/en/.
- Zygar, Mikhail (2022) Oppositionelle verlassen Russland. Sie wissen, dass sie verflucht werden. Der Spiegel, 13.03.2022, https://www.spiegel.de/ausland/oppositionelle-verlassen-russland-sie-fliehen-und-wissen-dass-sie-verflucht-werden-a-ad00284e-ab2f-474a-861e-cf143415c230.

DOKUMENTATION

Evakuierung 2022: Wer ist wegen des Krieges in der Ukraine aus Russland emigriert, und warum? Erste Forschungsergebnisse von OK Russians

Methode: Wir haben 2.067 Personen befragt, die Russland aufgrund der Ereignisse im Februar und März 2022 verlassen haben. Der Link zur Umfrage wurde über thematische Chats und Social-Media-Gruppen zum Thema Relocation verbreitet. Die Umfrage wurde am 16. März durchgeführt.

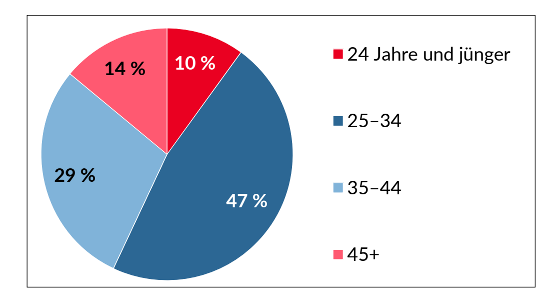
Die wichtigsten Fakten auf einen Blick:

- Mindestens 300.000 Personen, die Russland verlassen haben
- Ein Drittel arbeitet in der IT-Branche
- 57 Prozent sind jünger als 35 Jahre
- 68 Prozent geben an, dass sie für immer oder langfristig emigriert sind
- 57 Prozent verdienen ihr Geld in Russland
- 49 Prozent verfügen über finanzielle Reserven für drei Monate

Wohin und wie viele: Die beliebtesten Zielländer sind Georgien, die Türkei und Armenien. Auf diese Länder entfällt etwa ein Drittel der Emigrierenden. Aufgrund fehlender Daten ist es schwierig, die Abwanderung zu quantifizieren. Auf der Grundlage der Angaben des georgischen Innenministeriums (20–25 Tausend [Einreisende] in der ersten Woche [nach dem 24.02.2022]) und unserer Umfrageergebnisse (15 Prozent der Ausgewanderten gingen nach Georgien) können wir vorsichtige Schätzungen über mindestens 300.000 Russ:innen anstellen, die das Land verlassen haben.

Wer: IT-Spezialist:innen (ein Drittel) und verschiedene Manager:innen (ein weiteres Drittel) haben das Land verlassen. Das verbleibende Drittel ist äußerst vielfältig, aber wir können sagen, dass es sich dabei meist um »Bürojobs« oder kreative Berufe handelt (Anwält:innen, Psycholog:innen, Designer:innen, Blogger:innen, NGO-Mitarbeitende, Journalist:innen, Berater:innen usw.). Sie sind jung (25–35 Jahre alt); nur ein Drittel hat Kinder.

Frage: Wie alt sind Sie?

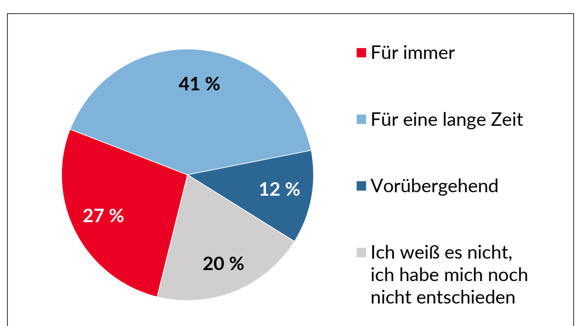


Evakuierung zum Zweck der Auswanderung

Für die Menschen stellt das Verlassen des Landes eher eine erzwungene und dringende Evakuierung als eine wohlüberlegte Entscheidung dar. Viele haben schon früher über eine Auswanderung nachgedacht, aber die derzeitige Situation hat für sie »das Fass zum Überlaufen gebracht«. Die Entscheidung, umzuziehen, war eine emotionale Entscheidung, die Wahl des Landes folgte dem Prinzip »wohin man sofort ausreisen kann«. Für viele sind die Visa während der Pandemie abgelaufen.

Die meisten denken, dass sie Russland für eine lange Zeit oder sogar für immer verlassen haben. Nur 12 Prozent glauben, dass die Abwanderung vorübergehend ist.

Frage: Wie lange werden Sie Ihrer Meinung nach im Ausland bleiben?



Wir haben sechs Gruppen von Gründen für die Auswanderung identifiziert

1. Missbilligung des Krieges in der Ukraine

Weigerung, in einem Aggressorstaat zu leben und zu »Kompliz:innen des Verbrechens« zu werden (zu schweigen, finanziell durch Steuerzahlungen zu unterstützen, zu kämpfen).

- »Ich sehe keine Möglichkeit, weiterhin in einem Aggressorstaat zu leben, der gegenüber den Bürgern meines Nachbarlandes und meines eigenen Landes gleichermaßen grausam ist.«
- »Ich bin entsetzt, dass Russland die Ukraine angegriffen hat. Ich kann es nicht ertragen, in diesem Land zu sein, ich will nicht dazugehören, ich will keine Steuern zahlen, die dafür verwendet werden, Zivilisten zu töten.«

2. Furcht vor Repressionen

Die Menschen haben Angst, von ihrem Arbeitgeber entlassen, von der Universität exmatrikuliert oder aus politischen Gründen verfolgt zu werden. Gegen einige der Befragten sind bereits Ordnungs- und sogar Strafverfahren eingeleitet worden.

- »Ich fürchte um meine Freiheit. Ich werde nicht mehr schweigen und meine Gedanken in den sozialen Netzwerken nach der Parteilinie filtern können«.
- »Die Polizei sagte mir: ›Hau ab, oder du kommst ins Gefängnis, weil du an einem Einzelprotest gegen den Krieg teilgenommen hast‹ «.
- »Ich fürchte mich davor, an Kundgebungen teilzunehmen. Ich habe Angst, dass man uns deswegen erschießen wird. Es ist beängstigend, hinter dem Eisernen Vorhang mit Menschen zusammen zu sein, die den Krieg unterstützen.«

3. Schwierigkeiten bei der Arbeit

Verlust des Arbeitsplatzes, Abwanderung der Arbeitgeber:innen vom russischen Markt (und die damit verbundene Relocation der Angestellten), Unfähigkeit, mit ausländischen Kund:innen zusammenzuarbeiten und von ihnen Bezahlungen zu erhalten.

- »Meine Branche (die Spieleentwicklung) hat in Russland die meisten ihrer Partner und Möglichkeiten, Geld zu verdienen, verloren. Bei mir wurde gekürzt, und ich bin gegangen, um einen neuen Job zu finden.«
- »Mein Mann arbeitete für ein ausländisches Unternehmen, und es gab keine andere Möglichkeit für ihn, seinen Arbeitsplatz zu behalten, als Russland zu verlassen.«

4. Lebensstandard

Die Unmöglichkeit, sein gewohntes Leben zu führen, die üblichen Produkte und Dienstleistungen zu nutzen, zu reisen.

- »Ich möchte den Komfort, den ich vor dem Krieg hatte, nicht verlieren. Früher habe ich viele Dienste genutzt, die jetzt in Russland nicht mehr funktionieren. Ich möchte nicht leben und nur ans Überleben denken anstatt daran, wie ich mir die Bedingungen für ein angenehmes Leben schaffen kann, nur wegen der Dummheit einer Person.«
- »Wir sind es leid, den Gürtel enger zu schnallen und nur ans tägliche Überleben denken zu müssen, ohne das klar ist, für was das alles gut sein soll«.

5. Fehlende Zukunftsaussichten

Fehlende Perspektiven (wirtschaftlich, politisch, kulturell) und Angst um die Zukunft der Kinder.

- »Es gibt keine Hoffnung auf einen Wiederaufbau und Integration in die normale Welt in den nächsten 20 Jahren. Ich bin jung, ich will nicht 20 Jahre damit verbringen, von Grund auf alles wieder aufzubauen«.
- »Meine Familie möchte in einer offenen Welt leben, in der es keine Grenzen zwischen den Ländern gibt, in der die Menschen Erfahrungen und Wissen austauschen, und nicht in einem Vampirstaat, der über die ganze Welt verbittert ist.«
- »Ich möchte, dass mein Kind in einer offenen Welt lernt und nicht mit dem Stigma behaftet ist, Bürger eines aggressiven Landes zu sein.«
- »Die Zukunft ist verboten worden«.

6. Entfremdung

Das Gefühl, ein Außenseiter unter den Menschen zu sein, die das russische Regime unterstützen. Das Gefühl, in der Minderheit zu sein und die Situation nicht beeinflussen zu können.

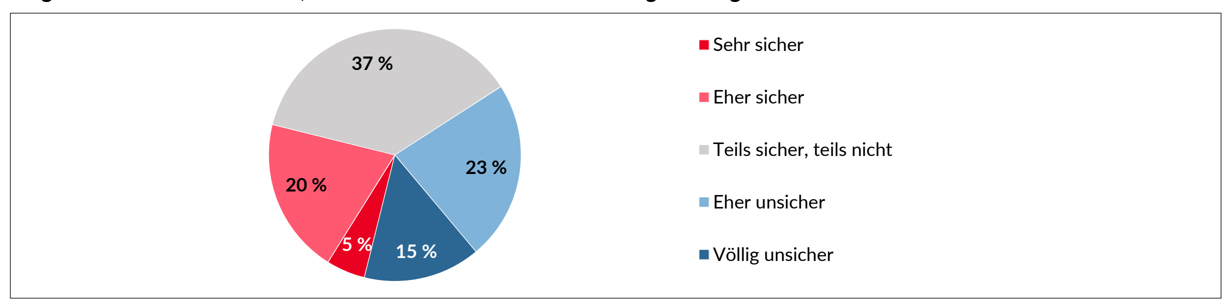
- »Unsere Mitbürger:innen sind verrückt geworden, die Propaganda hat den Menschen in meinem Umfeld und meinen Nachbar:innen endgültig den Verstand geraubt. Ich habe keine Ahnung, wie ich mit ihnen Seite an Seite leben soll.«
- »Ich bin emigriert, um ein Mensch zu bleiben.«
- »Russland hat keine Zukunft, wenn ein Diktator an der Macht ist, der das Land ausnutzt, um seinen Launen zu frönen, und das Volk immer noch nichts tut und nicht einmal daran denkt, etwas dagegen zu tun und seine Gewalt zu tolerieren.«
- »Ich wäre bereit, gegen das Regime zu kämpfen und sogar ins Gefängnis zu gehen, wenn ich die Unterstützung von mindestens zehn Prozent der Gesellschaft in Russland sähe, aber jetzt habe ich den Eindruck, dass wir ein Prozent sind und deshalb nichts ändern können.«
- »Die russische Propaganda hat die Menschen einer Gehirnwäsche unterzogen. Sie glauben nur noch, was sie im Fernsehen sehen. Für sie sind wir Verräter:innen und Spione, die sich an den Westen verkauft haben. Jetzt gibt es keinen Platz mehr für mich in meinem Heimatland. Man wird uns nicht arbeiten lassen, wir werden unterdrückt und eingesperrt werden.«

Schwierigkeiten

Die Abreise war unvorbereitet

Nur ein Viertel derjenigen, die ausgewandert sind, sind sich sicher, dass sie mit ihrem Wohnort eine gute Wahl getroffen haben.

Frage: Wie sicher sind Sie sich, dass sie mit Ihrem Zielort die richtige Wahl getroffen haben?



Finanzielle Probleme

Die Emigrant:innen sahen sich zunächst mit verschiedenen finanziellen Problemen konfrontiert: Zugang zu Ersparnissen und Gehältern auf russischen Konten ([Bank-]Karten funktionieren nicht), die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, die hohen Lebenshaltungskosten am neuen Wohnort und der schlechte Wechselkurs des Rubels. Viele waren weder finanziell noch moralisch bereit, umzuziehen.

- »Zum Zeitpunkt der Abreise hatte ich 500.000 Rubel Ersparnisse und tausend Euro auf meiner Karte. Es blieb fast nichts übrig, da ich das meiste wegen der Wechselkursdifferenz verlor. Ich musste die Rubel auf dem Schwarzmarkt in der Türkei zum doppelten Kurs umtauschen. Ich habe das meiste davon für drei Monatsmieten bezahlt.«
- »Ich konnte Geld aus dem Land schaffen, das gerade für die nächsten zwei Monate zum Durchkommen reichte. Mein Realeinkommen ist aufgrund des Wechselkurses des Rubels gesunken. Ich habe Angst, dass ich ohne Geld dastehen werde. Ich suche nach Möglichkeiten, außerhalb Russlands Geld zu verdienen.«

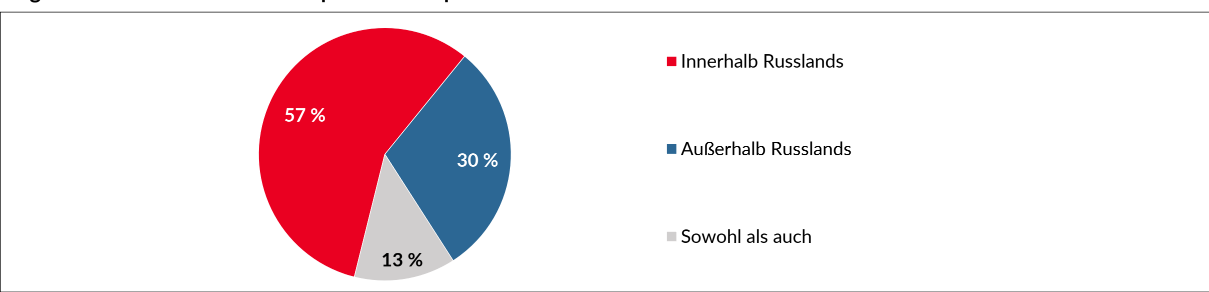
Frage: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie sich im Zielland konfrontiert?



- »Die größte Schwierigkeit besteht darin, dass man überhaupt kein Verständnis dafür entwickeln kann, was als Nächstes passieren wird. Ängste und Furcht. Bis jetzt habe ich eine Wohnung und Geld für ein paar Monate, aber danach muss ich einen Weg finden, da wieder herauszukommen.«
- »Ich habe Angst, dass ich meine derzeitige Einkommensquelle verliere, bevor ich eine neue Stelle finde.«

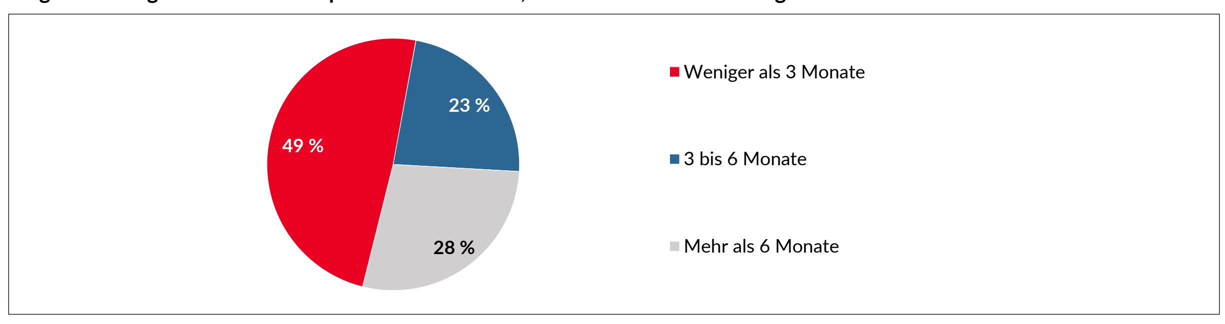
Die meisten sind von ihrer Einkommensquelle innerhalb Russlands abhängig.

Frage: Wo befinden sich Ihre Haupteinnahmequellen?



Und haben nur geringe Ersparnisse, die nur für ein paar Monate reichen würden, falls ihr Einkommen plötzlich wegfällt.

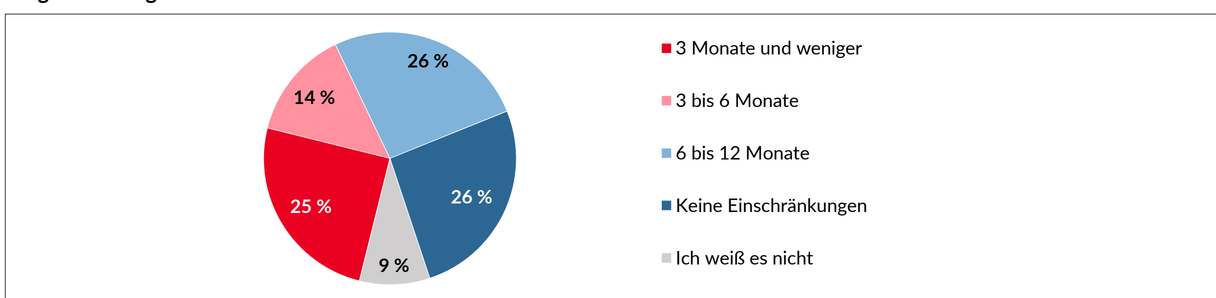
Frage: Wie lange würden Ihre Ersparnisse ausreichen, wenn ihre Einnahmen wegfallen würden?



Jede:r Fünfte hat Schwierigkeiten, einen legalen Status im Aufenthaltsland zu erlangen oder diesen zu verlängern. Dazu können Schwierigkeiten bei der Beschaffung der erforderlichen Dokumente aus Russland gehören. Nur für ein Viertel der Ausgewanderten gibt es keine Einschränkungen für die Dauer des Aufenthalts im Land des derzeitigen Wohnsitzes.

- »Es ist schwer zu verstehen, wie man an Dokumente kommt. Ich wollte eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, aber dafür sind Dokumente erforderlich, die man nur in Russland erhalten kann, und das auch nicht sofort.«
- »Eine Arbeitserlaubnis und eine Sozialversicherungsnummer erhalten, um legal arbeiten zu können. Damit sind alle Flüchtlinge konfrontiert.«
- »Die größte Schwierigkeit besteht derzeit darin, politisches Asyl zu beantragen. Juristische Dienstleistungen sind sehr teuer.«

Frage: Wie lange dürfen Sie sich in Ihrem Zielland aufhalten?



Wohnraum

Aufgrund der gestiegenen Nachfrage (insbesondere in visumfreien Ländern) ist es schwierig, eine Unterkunft zu mieten. Allein die Notwendigkeit, trotz des sinkenden Rubelkurses eine Wohnung zu mieten, beeinträchtigt den gewohnten Lebensstandard erheblich.

- »In Tiflis sind die Preise für Unterkünfte sehr hoch, wenn das so bleibt, werden wir uns das nicht leisten können. Zurzeit sind wir bei Freunden.«
- »Der Lebensstandard sinkt aufgrund der Notwendigkeit, Wohnraum zu mieten, insbesondere bei dem derzeitigen Rubelkurs.«

Allgemeine Ungewissheit

Allgemeine Ungewissheit aufgrund des »Schwebezustands«. Ungewissheit auch über die unmittelbare Zukunft. Verurteilungen von Seiten der Einheimischen (im Gastland) oder ukrainischen Bekannten. Konflikte mit Verwandten aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen der aktuellen Ereignisse. Angst vor Verwandten in Russland. Trennung von der vertrauten Umgebung. All dies trägt nicht gerade dazu bei, dass die Menschen ausgeglichen und ruhig sind.

- »Im Moment sind wir bei Freunden untergebracht. Wir haben noch nicht entschieden, ob wir lange hier bleiben wollen. Es ist ein Schwebezustand. Ich kann es mir bisher noch leisten, nicht zu arbeiten. In meinem Berufsfeld habe ich aber kaum Chancen auf einen Job.«
- »Beziehungen zu Verwandten, von denen einige den berühmten Buchstaben in ihren sozialen Medien posten.«
- »Orientierungslosigkeit und das Gefühl, hier nicht willkommen zu sein vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage«.
- »Beziehungen zu Verwandten, von denen einige den allseits bekannten Buchstaben in ihren sozialen Medien posten. Viele schreiben mir schreckliche Nachrichten darüber, dass ich persönlich an diesem Krieg schuld sei.«
- »Es gibt kein Gefühl der Sicherheit. Keine absehbaren Aussichten. Angst um die Angehörigen und die Befürchtung, sie einige Jahre lang nicht sehen zu können. Der Wunsch, nach Hause zurückzukehren, ist da, aber es ist gefährlich.«
- »Das Gefühl, irgendwie von der Welt ausgeschlossen zu sein. Schlafprobleme, Unfähigkeit, sein Leben länger als einen Monat im Voraus zu planen«.
- »Der Lebenswandel von früher ist dahin. Es ist schwierig, eine neue Routine aufzubauen. Wir treffen hier oft auf Fremdenfeindlichkeit gegenüber Russ:innen. Es fühlt sich so an, dass es nicht um Leben und Erleben geht, sondern ums Überleben und sich Sorgen machen.«

Emotionen

Die derzeitige Auswanderungswelle ist durch Spontaneität und eine damit verbundene ausgeprägte Emotionalität gekennzeichnet. Die Menschen erleben eine Reihe von Gefühlen, die von Schock, Trauer und Angst bis hin zu Erleichterung und sogar Hoffnung reichen.

- »Einerseits ist es einfacher, durchzuatmen. Auf der anderen Seite wird ein insgesamt gutes Leben (Wohnung, Arbeitsplatz, soziales Umfeld) zerstört. Gemischte Gefühle von Angst und Hoffnung«.

Angst, Verwirrung, Frustration

Viele Menschen haben keine Pläne für die nahe Zukunft. Sie sind einfach dorthin ausgereist, wohin sie konnten, ohne zu wissen, wie sie mit ihrem Leben weiter verfahren sollten. Die Menschen stehen jetzt vor so vielen Fragen und Herausforderungen: in welchem Land sie leben sollen, wie sie Geld verdienen können, wie sie an Dokumente kommen, wie sie ihren Kindern eine passende Schule finden können, usw.

- »Ich habe mich noch nie so verletzlich gefühlt. Und es fällt mir immer noch schwer zu glauben, dass dies wirklich geschieht. Alle Pläne, die wir hatten, waren einfach nicht mehr relevant. Ich weiß derzeit einfach noch nicht, wie ich meine Zukunft wieder aufbauen kann.«

Furcht

Die Befragten sind sehr besorgt und fürchten um die Zukunft ihrer Verwandten und Freunde, die in Russland geblieben sind, um ihre Sicherheit, ihren finanziellen Wohlstand und ihre Gesundheit. Der Gedanke, dass sie ihre Angehörigen nicht mehr sehen können, ist ebenfalls sehr beängstigend.

- »Ich habe eine schwerkranke Mutter und einen alten Vater in Chabarowsk. Ich schluchze vor Hilflosigkeit, dass ich ihnen jetzt nicht einmal mehr Geld schicken kann.«

Traurigkeit, Sehnsucht, Nostalgie

Es fällt den Menschen sehr schwer, ihr Zuhause, ihr gemütliches, interessantes, erfülltes und geregeltes Leben zu verlassen. Die Befragten haben das Gefühl, dass sie gezwungen wurden, alles, was sie liebten, zurückzulassen. Das macht sie sehr traurig und schmerzt. Viele haben Heimweh – sie vermissen ihr Zuhause, ihre Routinen. Einige träumen von einer baldigen Rückkehr in ihre Heimat und stellen ihre Entscheidung, das Land zu verlassen, in Frage.

- »Jetzt müssen ich und meine Verwandten alles zurücklassen. Es fühlt sich nicht einmal wie eine Evakuierung an, es fühlt sich wie ein Rückzug an, eine Flucht vor einem herannahenden Feind, obwohl es so aussieht, als gäbe es in dem Gebiet gar keinen Krieg.«
- »Im Allgemeinen ist es ein großer Schmerz, sein Zuhause, seine Hoffnungen, seine Verwandten und Freunde zurückzulassen. Manchmal habe ich immer noch das Gefühl, dass alles nur ein Traum ist und ich bald wieder aufwachen werde. Auswandern macht keinen Spaß, wie es mir vielleicht im letzten Jahr noch schien.«
- »Sehnsucht und Hoffnungslosigkeit. Das Wichtigste ist auf einmal verloren: der Ort, an den man immer wieder zurückkehren kann.«
- »Ich mache gerade das berühmte Gefühl der ›russischen Sehnsucht‹ durch. Ich war nie eine Patriotin, aber jetzt habe ich das Gefühl, dass ich etwas Wichtiges verloren habe.«
- »Ich bin traurig und ärgere mich, dass ich meine Heimat verlassen habe. Es ist, als wäre sie auch zerbombt worden.«

Wut

Neben der Sehnsucht und der Traurigkeit darüber, das Land verlassen zu müssen, empfinden die Befragten auch Wut auf das derzeitige Regime, das ihnen ihr geliebtes Leben und ihre Zukunft geraubt und sie gezwungen hat, sich einer Vielzahl von Schwierigkeiten zu stellen.

- »Ich empfinde große Wut darüber, dass ich gezwungen wurde, auszuwandern. Nach so vielen Anti-Kriegs-Kommentaren im Internet kann ich nicht einfach zurückgehen und mich in Sicherheit wägen.«

Scham und Schuldgefühle

Einige Befragte empfinden Scham und starke Schuldgefühle. Sie schämen sich für ihr Land, das zum Aggressor wurde und den Krieg begann. Sie schämen sich für die Landsleute, die das derzeitige Regime und die Maßnahmen der Regierung unterstützen. Sie schämen sich vor dejenigen, die in Russland geblieben sind und sich entschieden haben, weiterzukämpfen. Sie schämten sich, dass sie machtlos waren und den Krieg nicht verhindern konnten.

- »Wir schämen uns für unsere eigene Ohnmacht, die Situation in Russland zu ändern, und für das kriminelle Verhalten des Landes gegenüber der Ukraine.«
- »Ich empfinde Schuldgefühle, weil ich aus der Heimat weggelaufen bin, wo es für denkende Menschen jetzt ungeheuer schwer ist und ihnen das Gefühl fehlt, dass sie nicht allein sind.«
- »In erster Linie schäme ich mich. Schließlich habe ich Freunde, die aus Prinzip in Russland geblieben sind. Ich halte sie für große Russinnen und Russen, und wenn ich ihnen ins Gesicht schaue, dann schäme ich mich. Natürlich empfinde ich Angst, großen Schmerz und Schuldgefühle. Ich glaube, dass ich nicht genug getan habe.«

Erleichterung und Freiheit

Trotz aller Schwierigkeiten und des Schocks über die abrupte Ausreise gaben einige Befragte an, dass sie sich nach dem Grenzübertritt sehr erleichtert fühlten. Sie hatten das Gefühl, sich nun frei äußern zu können und keine Angst vor Repressionen haben zu müssen. Dieses Gefühl unterstützt sie moralisch und gibt ihnen moralische Kraft.

- »Ich fühle mich stark und energiegeladen. Ich möchte Arbeitsprojekte in Angriff nehmen, die nichts mit Russland zu tun haben. Ich möchte die Meinungsfreiheit genießen und in sozialen Netzwerken schreiben, was ich denke.«

Interesse, Begeisterung
Einige Befragte nehmen die erzwungene Ausreise mit Interesse wahr – als Abenteuer und Herausforderung, als Weg zu neuen Möglichkeiten.

- »Ich betrachte meinen Umzug als neue Herausforderung und bin sehr froh, dass ich gehen konnte, bevor die Gelegenheit vorbei war.«
- »Für mich ist das ein Abenteuer.«

Hoffnung
Es ist wichtig, dass die Menschen etwas Gutes erwarten, dass sie sich ein positives Szenario vorstellen. Einige hoffen auf ein schnelles Ende des Krieges und eine Art Normalisierung des Lebens in Russland. Dies würde ihnen die Rückkehr nach Hause ermöglichen. Andere hoffen, in einem freieren Land ein neues und besseres Leben aufzubauen.

- »Es fühlt sich an, als würde ein neues Leben beginnen, wenn auch ein schwieriges, aber ein interessanteres und ungewöhnlicheres.«

Über das Projekt
OK RUSSIANS ist eine gemeinnützige Organisation, die Russ:innen unterstützt, die gegen den Krieg in der Ukraine sind und die vom russischen Staat drangsaliert werden. Wir werden Menschen ins Ausland umsiedeln, Geldmittel sammeln und an Bedürftige in Russland überweisen, zuverlässige und nützliche Informationsquellen schaffen, Gleichgesinnte zusammenbringen und Gemeinschaften aufbauen. Wir glauben, dass dies Putins Krieg ist, nicht der Krieg aller Russen. Wir sind gegen die Diskriminierung von Russen im Westen, wir lieben die russische Kultur, und wir glauben, dass Russland früher oder später ein freies und demokratisches Land sein wird als ein integraler Bestandteil der Weltgemeinschaft.

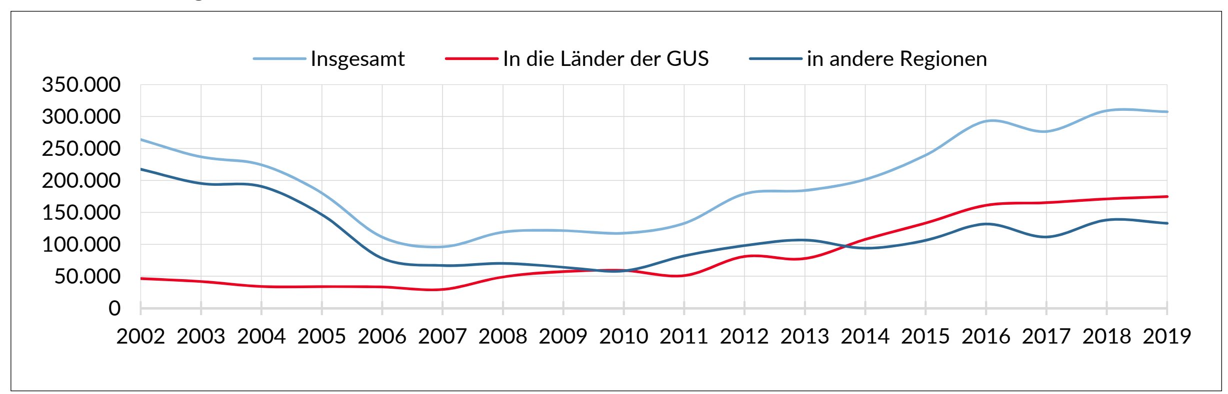
Das Team
Das Projekt wird von Mitja Aleschkowskij geleitet. Unser Team besteht aus erfahrenen NGO-Mitarbeitenden, Medienmanager:innen, Soziolog:innen und Entwickler:innen und wächst schnell.

Quelle: https://research1.okrussians.org/

DOKUMENTATION

Emigration aus Russland


Grafik 1: Emigration aus Russland in absoluten Zahlen (2002–2019)



Quelle: Emigrazija 2000-ch: kuda i potschemu uesshali is Rossii. Jesli byt totschnym, 05.10.2021. https://tochno.st/materials/emigratsiya-2000-kh

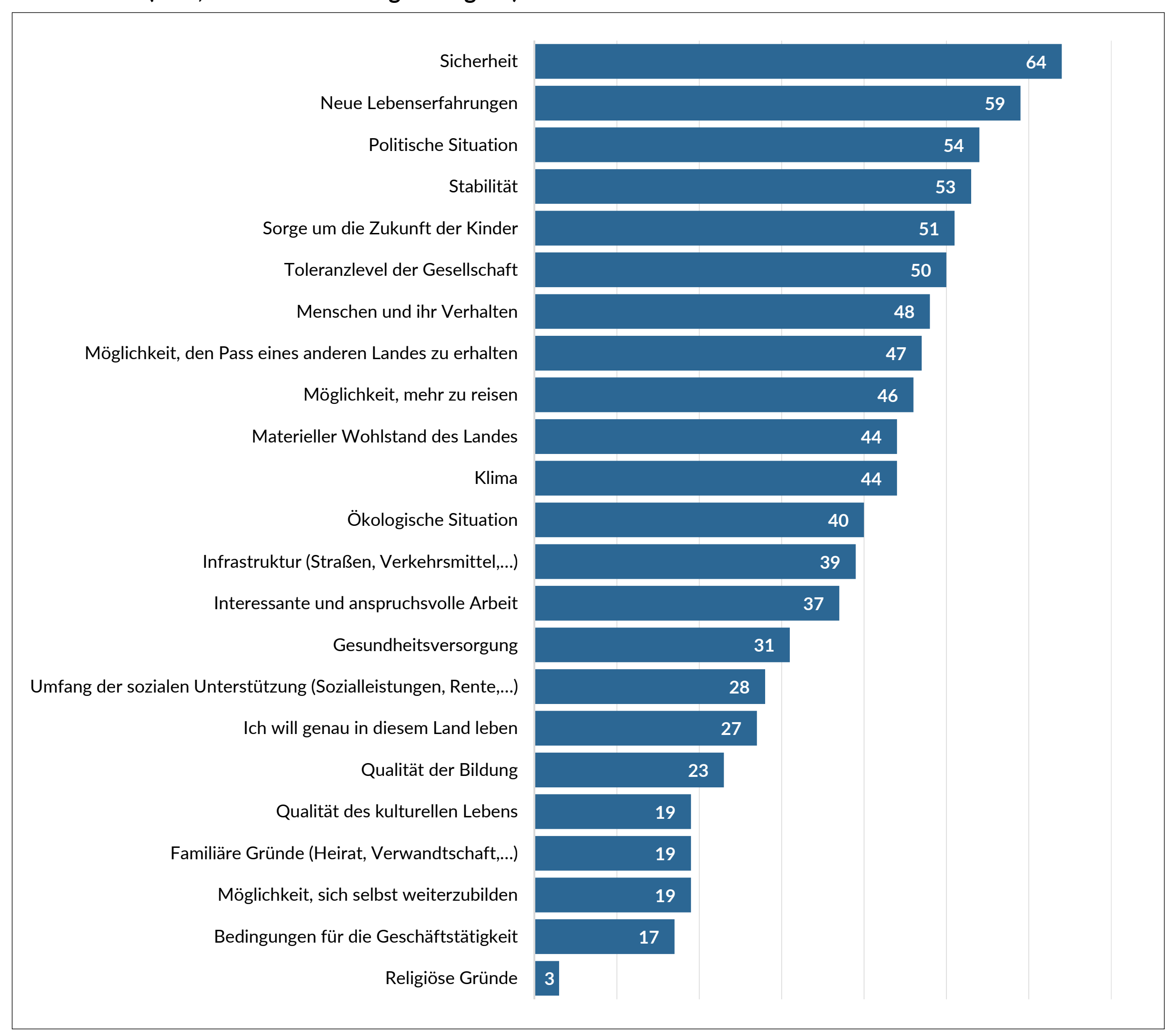
Tabelle 1: Emigration aus Russland in absoluten Zahlen (2002–2019)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Insgesamt	263.881	236.950	224.497	180.204	111.253	96.086	119.084	121.383	117.447
In die Länder der GUS	46.349	41.683	33.902	33.712	33.170	29.306	48.952	57.222	59.103
in andere Regionen	217.532	195.267	190.595	146.492	78.083	66.780	70.132	64.161	58.344

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Insgesamt	132.817	178.970	184.335	201.607	239.584	292.815	276.672	309.199	307.542
In die Länder der GUS	50.940	80.991	77.655	107.691	133.321	161.056	165.200	171.112	174.672
in andere Regionen	81.877	97.979	106.680	93.916	106.263	131.759	111.472	138.086	132.870

Quelle: Emigrazija 2000-ch: kuda i potschemu uesshali is Rossii. Jesli byt totschnym, 05.10.2021. https://tochno.st/materials/emigratsiya-2000-kh

Grafik 2: Welche der folgenden Faktoren haben Ihre Entscheidung zum Umzug beeinflusst? (in %, Mehrfachnennungen möglich)



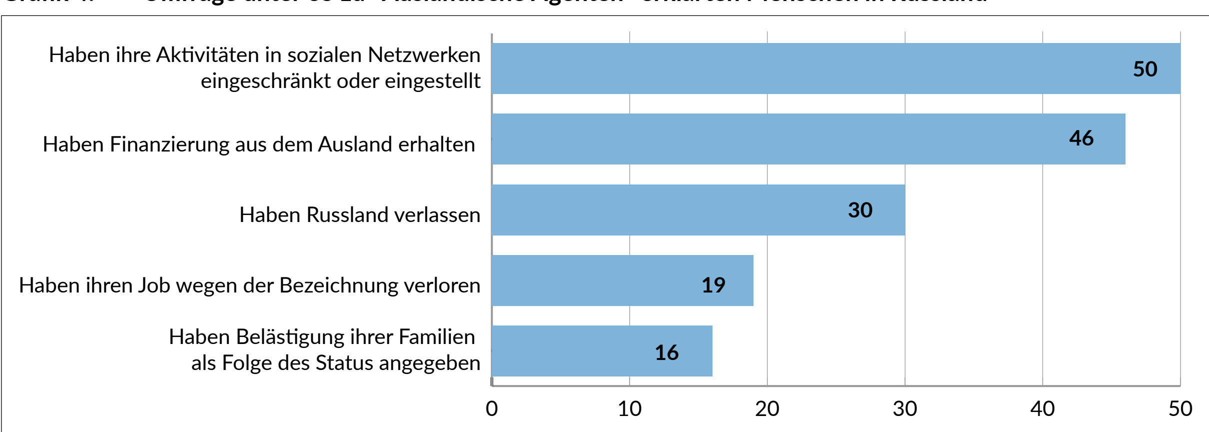
Quelle: Emigrazija 2000-ch: kuda i potschemu uesshali is Rossii. Jesli byt totschnym, 05.10.2021. https://tochno.st/materials/emigratsiya-2000-kh

Grafik 3: »Ausländische Agenten«. Zwischen dem 28.12.2020 und dem 30.12.2021 wurden in Russland 75 Personen zu »Ausländische Agenten« erklärt

	Halten sich in Russland auf	Sind vor der Benennung als »Ausländische Agenten« ausgereist	Sind nach der Benennung als »Ausländische Agenten« ausgereist	Keine Daten
Journalist:innen	21	6	13	1
Andere	21	8	5	

Quelle: Polititscheskaja sima. Skolko »inostrahhych agentow« emigrirowali is Rossii i potschemu. BBC, 08.02.2022. https://www.bbc.com/russian/features-60289770

Grafik 4: Umfrage unter 65 zu »Ausländische Agenten« erklärten Menschen in Russland



Quelle: Putin targets enemies at home as his missiles strike Ukraine. Masri, L., Reuters, 31.03.2022. https://www.reuters.com/investigates/special-report/ukraine-crisis-russia-repression

Tabelle 2: Mindestens 150 Journalist:innen haben Russland seit Beginn des Krieges in der Ukraine verlassen (Stand: 07.03.2022)

Journalist:innen haben Russland in den letzten Tagen massenhaft verlassen. Strafrechtliche Verfolgung für sogenannte Falschmeldungen über den Krieg und das Blockieren von Massenmedien haben ihre Wirkung gezeigt. Wir haben Mitarbeiter:innen aus 17 Redaktionen befragt und berechnet, dass:

- in den letzten Tagen insgesamt mindestens 150 Journalist:innen Russland verlassen haben. In vielen Medien ist eine beträchtliche Anzahl von Journalist:innen abgewandert: zum Beispiel fast die gesamte Moskauer Redaktion von Meduza, etwa 20 Personen. Journalist:innen von Doshd, Echo Moskwy und Nowaja Gaseta haben ebenfalls das Land verlassen.
- einige unserer Kolleg:innen, wie Tichon Dsjadko, Chefredakteur von Doshd, Michail Fischman, Moderator desselben Senders, Dmitrij Kolesew, Chefredakteur von Republic, und Filmkritiker Anton Dolin öffentlich ihre Emigration mitgeteilt haben.
- auch die Büros der führenden westlichen Medien evakuiert wurden. Die meisten Mitarbeiter:innen des russischen Dienstes von BBC (mindestens 15 Personen), von Bloomberg und Radio Liberty haben Russland verlassen.

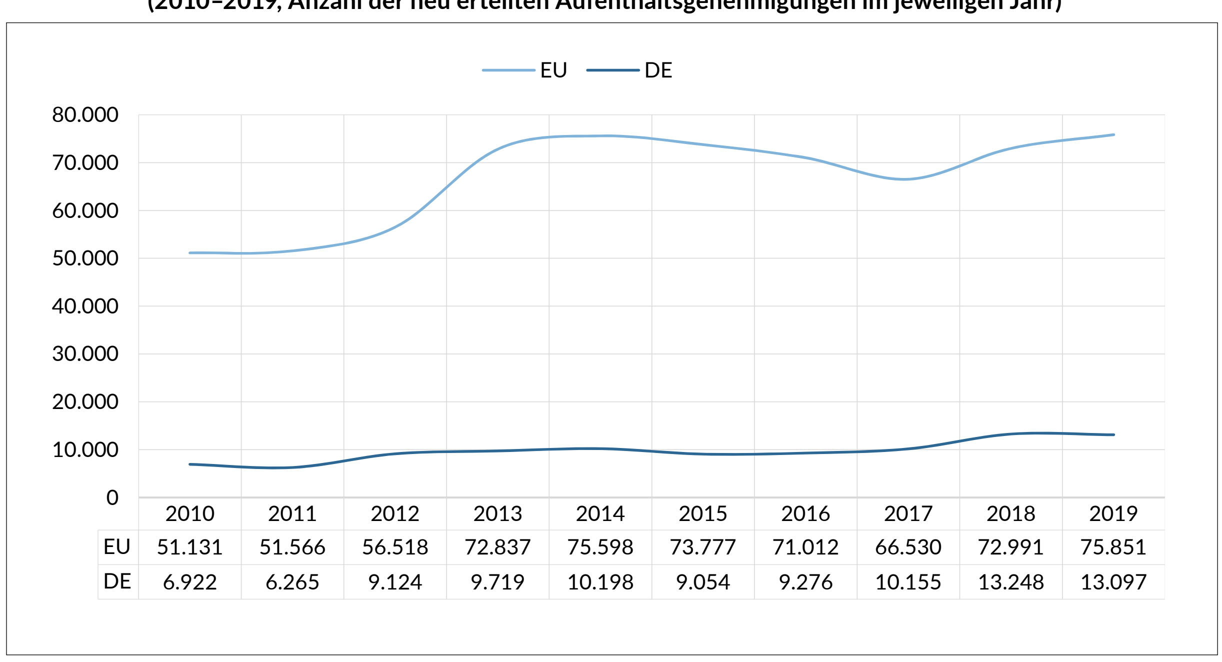
Quelle: Agentstwo: Ne menee 150 shurnalistow pokinuli Rossiju posle natschala wojny na Ukraine [Mindestens 150 Journalist:innen haben Russland seit Beginn des Krieges in der Ukraine verlassen], 07. März 2022, https://www.agents.media/nezavisimye-zhurnalisty/.

Grafik 5: Asylanträge russischer Staatsbürger:innen in der EU und Deutschland (DE) sowie die Zahl der Ablehnungen in Deutschland (2009–2020)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
EU	20.110	18.595	18.325	24.290	41.470	19.820	22.235	27.605	17.000	16.050	15.450	8.220
DE	1.190	1.410	1.880	3.415	15.475	5.510	6.200	12.230	6.225	5.215	4.460	2.730
Ablehnung DE	80	100	105	120	990	1.055	465	1.280	1.685	460	160	170

Quelle: Daria Skibo. New Political Immigration from Russia to Germany. Skibo, Initiative Quorum, Europäischer Austausch gGmbH, 2021, S. 31, https://www.initiative-quorum.org/de/themen/details/dossier-neue-politische-immigration-aus-russland.html.

Grafik 6: Aufenthaltsgenehmigungen für russische Staatsbürger:innen in der EU und Deutschland (DE) (2010–2019, Anzahl der neu erteilten Aufenthaltsgenehmigungen im jeweiligen Jahr)



	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
EU	51.131	51.566	56.518	72.837	75.598	73.777	71.012	66.530	72.991	75.851
DE	6.922	6.265	9.124	9.719	10.198	9.054	9.276	10.155	13.248	13.097

Quelle: Daria Skibo. New Political Immigration from Russia to Germany. Skibo, Initiative Quorum, Europäischer Austausch gGmbH, 2021, S. 78, https://www.initiative-quorum.org/de/themen/details/dossier-neue-politische-immigration-aus-russland.html.

Grafik 7: Anzahl der gültigen Aufenthaltsgenehmigungen russischer Staatsbürger:innen in Deutschland (20011–2019)

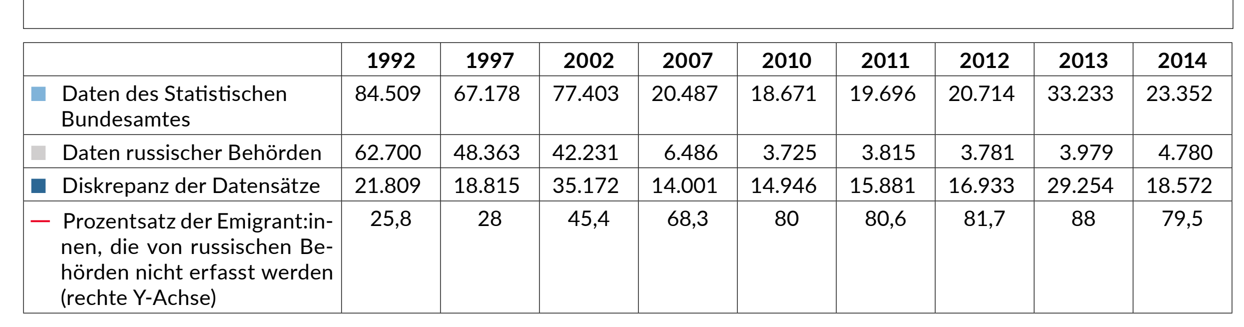
Quelle: Daria Skibo. New Political Immigration from Russia to Germany. Skibo, Initiative Quorum, Europäischer Austausch gGmbH, 2021, S. 81, https://www.initiative-quorum.org/de/themen/details/dossier-neue-politische-immigration-aus-russland.html.

Tabelle 3: Die Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen für russische Staatsbürger:innen nach Dauer und Grund (2010–2019)

	Dauer	Grund				Insgesamt
		Familie	Bildung	Wirtschaft	Anderer	
2019	3–5 Monate	221	93	58	1.247	1.619
	6–11 Monate	1.220	639	469	921	3.249
	12+ Monate	4.352	769	1.340	1.768	8.229
	Insgesamt	5.793	1.501	1.867	3.936	13.097
2018	3–5 Monate	42	84	45	245	416
	6–11 Monate	1.136	563	383	739	2.821
	12+ Monate	5.603	942	1.620	1.846	10.011
	Insgesamt	6.781	1.589	2.048	2.830	13.248
2017	3–5 Monate	41	84	45	176	346
	6–11 Monate	1.091	472	346	777	2.686
	12+ Monate	4.061	659	1.093	1.310	7.123
	Insgesamt	5.193	1.215	1.484	2.263	10.155
2016	3–5 Monate	39	81	33	144	297
	6–11 Monate	1.079	521	363	406	2.379
	12+ Monate	4.339	555	956	750	6.600
	Insgesamt	5.457	1.157	1.362	1.300	9.276
2015	3–5 Monate	63	50	33	55	201
	6–11 Monate	1.361	226	148	132	1.867
	12+ Monate	5.861	328	475	233	6.986
	Insgesamt	7.285	604	656	509	9.054
2014	3–5 Monate	47	323	53	352	775
	6–11 Monate	1.227	1.032	442	449	3.150
	12+ Monate	2.876	881	732	784	6.273
	Insgesamt	5.150	2.236	1.227	1.585	10.198
2013	3–5 Monate	57	411	95	284	847
	6–11 Monate	1.319	1.004	641	384	3.348
	12+ Monate	3.578	666	668	612	5.524
	Insgesamt	4.954	2.081	1.404	1.280	9.719
2012	3–5 Monate	69	446	106	259	880
	6–11 Monate	1.270	887	758	377	3.292
	12+ Monate	3.165	644	483	660	4.952
	Insgesamt	4.504	1.997	1.347	1.296	9.124
2011	3–5 Monate	52	573	77	165	867
	6–11 Monate	981	584	673	258	2.496
	12+ Monate	1.812	317	249	524	2.902
	Insgesamt	2.845	1.474	999	947	6.265
2010	3–5 Monate	43	690	76	132	941
	6–11 Monate	1.036	678	783	238	2.735
	12+ Monate	2.054	356	195	641	3.246
	Insgesamt	3.133	1.724	1.054	1.011	6.922

Quelle: Daria Skibo. New Political Immigration from Russia to Germany. Skibo, Initiative Quorum, Europäischer Austausch gGmbH, 2021, S. 79f., https://www.initiative-quorum.org/de/themen/details/dossier-neue-politische-immigration-aus-russland.html.

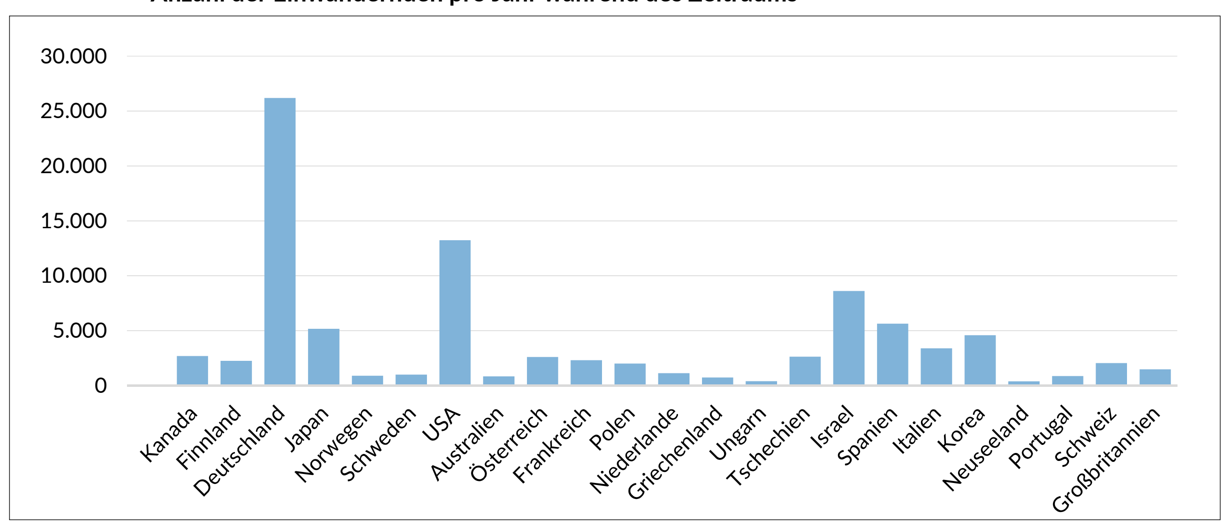
Grafik 8: Vergleich russischer und deutscher Statistiken zur Auswanderung russischer Staatsbürger:innen nach Deutschland im Zeitraum von 1992 bis 2014



	1992	1997	2002	2007	2010	2011	2012	2013	2014
Daten des Statistischen Bundesamtes	84.509	67.178	77.403	20.487	18.671	19.696	20.714	33.233	23.352
Daten russischer Behörden	62.700	48.363	42.231	6.486	3.725	3.815	3.781	3.979	4.780
Diskrepanz der Datensätze	21.809	18.815	35.172	14.001	14.946	15.881	16.933	29.254	18.572
Prozentsatz der Emigrant:innen, die von russischen Behörden nicht erfasst werden (rechte Y-Achse)	25,8	28	45,4	68,3	80	80,6	81,7	88	79,5

Quelle: Analititscheskij Doklad – »Emigrazija iz Rossii w konze XX natschale XXI weka«. Dmitriewa, W.O. & Aleksandrowitsch, G.A., 2016, S. 49. Moskau: Komitet grashdanskich iniziatiw.

Grafik 9a: Auswanderung aus Russland in ausgewählte Länder im Zeitraum von 1992–2014: durchschnittliche Anzahl der Einwandernden pro Jahr während des Zeitraums



Quelle: Analititscheskij Doklad – »Emigrazija iz Rossii w konze XX natschale XXI weka«. Dmitriewa, W.O. & Aleksandrowitsch, G.A., 2016, S. 42. Moskau: Komitet grashdanskich iniziatiw.

Grafik 9b: Auswanderung aus Russland in ausgewählte Länder im Zeitraum von 1992–2014: durchschnittliche Einreisen in den 1990ern im Vergleich zu 2001–2014

1992–2000 2001–2014 Durchschnittliche Einreisen in den 1990ern im Vergleich zu 2001–2014 (rechte Y-Achse)

35.000 30.000 25.000 20.000 15.000 10.000 5.000 0

8 7 6 5 4 3 2 1 0

Kanada Finnland Deutschland Japan Norwegen Schweden USA Australien Österreich Frankreich Polen Niederlande Griechenland Ungarn Tschechien Israel Spanien Italien Korea Neuseeland Portugal Schweiz Großbritannien

Quelle: Analititscheskij Doklad – »Emigrazija iz Rossii w konze XX natschale XXI weka«. Dmitriewa, W.O. & Aleksandrowitsch, G.A., 2016, S. 42. Moskau: Komitet grashdanskich iniziatiw.

Tabelle 4: Auswanderung aus Russland in ausgewählte Länder im Zeitraum von 1992–2014

Land	Durchschnittliche Anzahl der Einreisenden pro Jahr während des Zeitraums			Durchschnittliche Einreisen in den 1990ern im Vergleich zu 2001–2014
	1992–2014	Im Zeitraum		
		1992–2000	2001–2014	
Kanada	2.677	1.912	3.031	1,6
Finnland	2.250	1.173	2.858	2,4
Deutschland	26.186	15.375	32.038	2,1
Japan	5.160	2.469	6.346	2,6
Norwegen	887	365	1.197	3,3
Schweden	987	448	1.232	2,8
USA	13.231	6.972	16.757	2,4
Australien	822	431	909	2,1
Österreich	2.592	721	3.024	4,2
Frankreich	2.305	791	2.953	3,7
Polen	2.002	889	1.797	2,0
Niederlande	1.114	-	1.114	-
Griechenland	721	-	721	-
Ungarn	389	341	411	1,2
Tschechien	2.617	483	3.532	7,3
Israel	8.609	15.870	3.678	0,2
Spanien	5.622	1.668	6.840	4,1
Italien	3.386	2.779	3.538	1,3
Korea	4.573	-	4.573	-
Neuseeland	378	277	424	1,5
Portugal	864	-	864	-
Schweiz	2.044	-	2.044	-
Großbritannien	1.471	-	1.471	-

Quelle: Analititscheskij Doklad – »Emigrazija iz Rossii w konze XX natschale XXI weka«. Dmitriewa, W.O. & Aleksandrowitsch, G.A., 2016, S. 42. Moskau: Komitet grashdanskich iniziatiw.

Grafik 10: Bildungsniveau der Auswander:innen aus Russland in einigen ausgewählten Ländern 2005–2014

Höhere Berufsausbildung

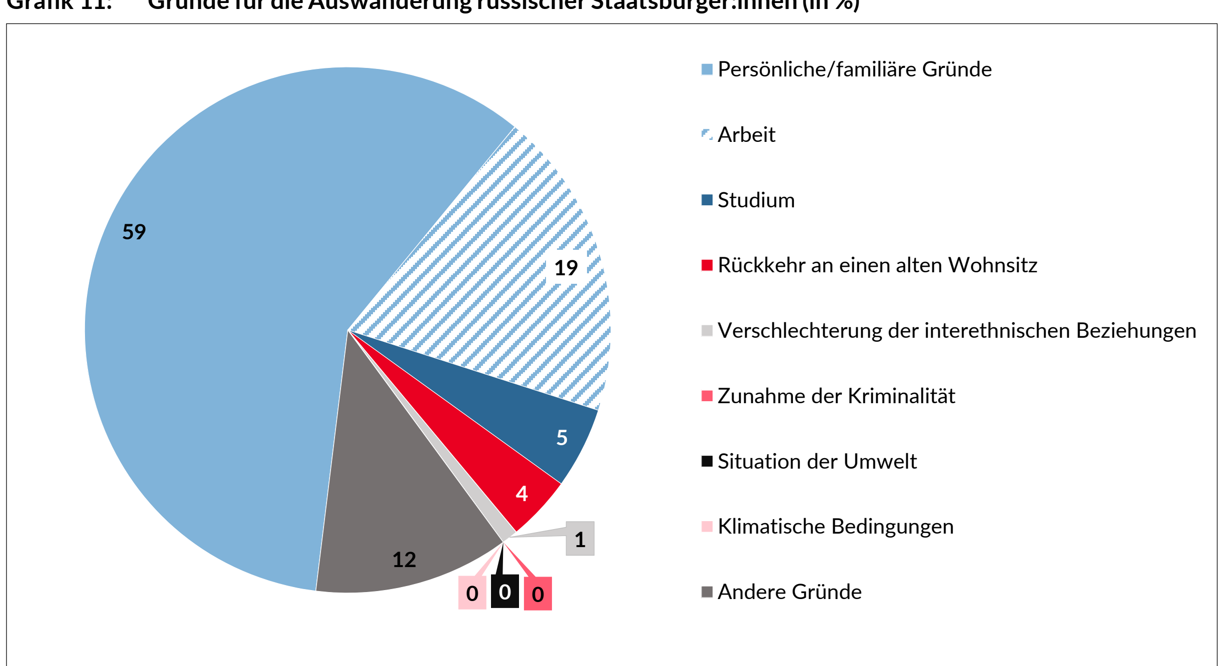
Deutschland	Israel	Kanada	USA
34.433	3.477	2.161	5.765

Akademischer Abschluss

	Deutschland	Israel	Kanada	USA
Doktor der Wissenschaft (in etwa vergleichbar mit der Habilitation)	39	12	6	31
Kandidat der Wissenschaft (in etwa vergleichbar mit der Promotion)	112	22	30	71

Quelle: Analititscheskij Doklad – »Emigrazija iz Rossii w konze XX natschale XXI weka«. Dmitriewa, W.O. & Aleksandrowitsch, G.A., 2016, S. 26. Moskau: Komitet grashdanskich iniziatiw.

Grafik 11: Gründe für die Auswanderung russischer Staatsbürger:innen (in %)



Quelle: Analititscheskij Doklad – »Emigrazija iz Rossii w konze XX natschale XXI weka«. Dmitriewa, W.O. & Aleksandrowitsch, G.A., 2016, S. 27. Moskau: Komitet grashdanskich iniziatiw.

KOMMENTAR

Emigration im Jahr 2022: Schule der Demokratie für russische Geflüchtete

Boris Grosowskij (Tiflis)

Erzwungene Emigration

Hunderttausende Russ:innen, die ihr Land wegen des von Putin entfesselten Krieges gegen die Ukraine verlassen mussten, haben die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag zur künftigen Demokratisierung Russlands zu leisten. Doch zunächst müssen sie sich selbst an das Leben in liberalen Demokratien gewöhnen.

Die Welt hat mit Entsetzen verfolgt, wie sich der russische Krieg gegen die Ukraine entfesselte. Millionen von Menschen haben sich in den zahlreichen Hilfsprojekten engagiert, die in den letzten Monaten entstanden sind. Mehr als vier Millionen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, wurden gezwungen, aus der Ukraine zu fliehen.

Russlands eigene Zwangsmigration ist weniger sichtbar und schwieriger zu verstehen. Ihr Ausmaß ist geringer als das der Menschen, die die Ukraine verlassen. Nach Angaben von OK Russians, einer Wohltätigkeitsorganisation, die Russ:innen unterstützt, die in ihrer Heimat verfolgt werden, weil sie sich dem Krieg widersetzen, haben allein im vergangenen Monat seit Kriegsbeginn mehr als 300.000 Menschen Russland verlassen.

Laut einer von dem unabhängigen, sich auf soziale Themen spezialisierenden Nachrichtenportal Takie Dela in Auftrag gegebenen Studie haben in den letzten zwanzig Jahren vier bis fünf Millionen Menschen Russland verlassen, davon etwa zwei Millionen in den Jahren 2018 und 2019.

Neue Migrant:innen: Zwei Typen

Der Typus der Geflüchteten aus der Ukraine und Russland unterscheidet sich drastisch. Die Ukrainer:innen sind auf der Flucht vor Bomben- und Raketenangriffen. Einige mussten mit ansehen, wie ihre Häuser zerstört wurden. Viele verlassen Städte, in denen die gesamte Infrastruktur in Trümmern liegt. Viele mussten wochenlang in Luftschutzbunkern oder Kellern ausharren, um den Schrecken des Krieges so lange zu trotzen, um endlich ausreisen zu können. Viele haben ihre Liebsten zurückgelassen: Männer kämpfen, ältere Menschen haben sich entschieden, ihre Häuser nicht zu verlassen. Der russische Krieg hat bei vielen Ukrainer:innen körperliche Wunden und schmerzhafte psychische Traumata hinterlassen, deren Heilung Jahre andauern wird. Die große Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten träumt davon, nach dem Krieg zurückzukehren und ein Land wieder aufzubauen, das durch einen ungerechten und ungeheuerlichen Krieg zerstört wurde.

Die Gründe der Russ:innen für ihre Ausreise sind weniger dramatisch. Viele konnten nicht bleiben, weil ihnen eine strafrechtliche Verfolgung wegen der Teilnahme an Friedensprotesten drohte. Viele konnten wegen der Sanktionen des Westens und der russischen Zensurgesetzgebung ihre Unternehmen nicht weiterführen oder ihre Berufe nicht weiter ausüben; einige wurden als »ausländische Agenten« oder »Extremisten« gebrandmarkt. Die meisten derjenigen, die Russland verlassen, sind auf sich selbst angewiesen und mussten sicherstellen, dass sie über ausreichende Ersparnisse verfügen, um mindestens drei bis vier Monate Lebenshaltungskosten meistern zu können, was sich tatsächlich nur wenige Russ:innen leisten können. Viele russische Nichtregierungsorganisationen und Medien haben ihren Sitz in andere Länder verlegt, was bedeutet, dass einige der Ausgereisten dort ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Ersten Umfrageergebnissen zufolge kamen die meisten der Ausgereisten mit den Schwierigkeiten ganz gut klar, die durch die Finanzsanktionen gegen Russland und die von den russischen Behörden und Banken verhängten Devisenausfuhrbeschränkungen entstanden sind. Bis zu einem Drittel derjenigen, die im Februar und März 2022 ausgereist sind, arbeiten im IT-Bereich, viele von ihnen für internationale Kunden.

Die neuen Migrant:innen aus Russland sind nicht direkt von den Kampfhandlungen betroffen, aber sie verlassen das Land wegen des Krieges. Man kann mit Sicherheit sagen, dass diejenigen, die das Land verlassen haben, eine negative Einstellung zum Krieg und zur Diktatur Putins eint.

Im Gegensatz zu den Geflüchteten aus der Ukraine rechnen die meisten Russ:innen nicht mit einer schnellen Rückkehr in ihre Heimat. Diejenigen, die aus politischen Gründen ausgereist sind, werden wahrscheinlich nicht nach Russland zurückkehren, bevor die Diktatur gestürzt ist, die repressiven Gesetze der letzten Jahre abgeschafft sind und eine Demokratisierung des autoritären Regimes erfolgt ist.

Die im März in Kraft getretenen Gesetze ermöglichen es dem russischen Staat, diejenigen mit jahrelange Haftstrafen zu belegen, die die Wahrheit über den Krieg, über Putins Politik, über das Vorgehen der russischen Beamt:innen und der Armee aussprechen. Je weniger erfolgreich die russische Armee in der Ukraine ist, desto mehr werden Putins Geheimdienste und die Polizei ihre Aufmerksamkeit auf diejenigen richten, die sich Putins Krieg und seiner Diktatur widersetzen. In ihrer Heimat müssen einige der Emigrant:innen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen und könnten leicht als »Verräter:innen«, »Betrüger:innen« und – in Anlehnung an

den stalinistischen Sprachgebrauch – als »Volksfeinde« abgestempelt werden.

Sobald ein Friedensabkommen vereinbart wird, könnten die Westmächte darüber nachdenken, die Aufhebung der Sanktionen von 2022 an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Die Aufhebung der Sanktionen könnte an die Freilassung politischer Gefangener, die Aufhebung repressiver Gesetze und die Wiederherstellung der Rede- und Meinungsfreiheit geknüpft werden. Solange Russland sich in diesen Bereichen nicht bewegt, werden die politischen Emigrant:innen nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Russlands gescheiterte Diaspora

Vor hundert Jahren verfrachtete Russlands neue bolschewistische Regierung die Denker:innen des Landes, die sich dem Kommunismus und dem revolutionären Terror widersetzten, auf Boote und verschiffte sie. Das ging als der »Philosophen-Dampfer« in die Geschichtsbücher ein. Die Revolution von 1917 führte dazu, dass viele talentierte Menschen das Land verließen, darunter der Maler Wasilij Kandinskij, der Sänger Fjodor Schaljapin, der Schriftsteller Wladimir Nabokow, der Komponist Sergej Rachmaninow, der Schachspieler Alexandr Aljochin und der Philosoph Nikolaj Berdjaew. Etwa 1,2 Millionen Menschen verließen damals die Sowjetunion, und viele von ihnen gehörten bald zum kulturellen Erbe der Welt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verließen etwa siebenmal so viele Sowjetbürger:innen das Land. Zwischen 1935 und 1958 wurden Fluchtversuche und Rückkehrverweigerung mit der Todesstrafe geahndet. Die Familienangehörigen von Geflüchteten wurden zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Die Tänzer Michail Baryschnikow und Rudolf Nurejew, der Musiker Mstislaw Rostropowitsch, der Schachspieler Wiktor Kortschnoj, die Dichter Iosif Brodskij und Naum Korshawin, die Schriftsteller Alexandr Solshenizyn, Wladimir Wojnowitsch, Wiktor Bukowskij, Andrej Sinjawskij und viele andere verließen das Land unter Leonid Breshnew, dem sowjetischen Führer, der zwischen 1964 und 1982 an der Macht war.

Die Veröffentlichung von Texten der Emigrant:innen war ein wichtiger Meilenstein in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Doch sowohl diejenigen, die unter Michail Gorbatschow nach Russland zurückkehrten, als auch diejenigen, die zurückgeblieben waren, waren nicht in der Lage gewesen, den Verlauf der gesellschaftlichen Transformation des Landes zu beeinflussen.

Keine der sowjetischen und unmittelbar postsowjetischen Emigrationswellen war in der Lage, eine fähige, durch gemeinsame Werte und Ziele geeinte Diaspora zu bilden. Es gelang ihnen nicht, ihren zurückgebliebenen Landsleuten ein kohärentes Reformprogramm und wirksame Hilfe anzubieten.

Was ist zu tun?

Russlands jüngste Auswanderungswelle hat eine Chance, es besser zu machen. Seit dem Sommer 2021 haben die russischen Behörden ihre Angriffe auf unabhängige Medien drastisch verschärft. Infolgedessen haben viele Medien, Bildungs- und Menschenrechtsprojekte ihren Sitz ins Ausland verlegt oder sind gerade dabei, dies zu tun. Wenn es all denen, die das Land verlassen haben, gelingt, ihre Bemühungen zu koordinieren, werden sie durchaus auf die in Russland Verbliebenen Einfluss nehmen können. Dies würde Putins Propagandamaschine außer Gefecht setzen und den Weg für die demokratische Transformation in Russland bereiten.

Das Problem ist, dass alle Emigrant:innen aus Russland auf die eine oder andere Weise durch das sowjetische und postsowjetische Erbe vergiftet sind. Je älter diese Emigrant:innen sind, desto mehr von diesem Gift tragen sie in sich. Zu diesem Erbe gehören:

- Egozentrik und eine Abneigung gegen horizontale soziale Beziehungen;
- ein geringes Maß an Vertrauen in Menschen, Altruismus und Empathie; eine geringe Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren oder in lokale Gemeinschaften zu investieren;
- geringe Entwicklung einer politischen Kultur, einschließlich der Fähigkeit zu kritischem Denken und Medienkompetenz, sowie eine Abneigung gegen die Teilnahme an politischen Debatten (viele sind Verschwörungstheorien ausgesetzt);
- das Vorherrschen von »Überlebenswerten« auf Kosten von Werten wie »Selbstverwirklichung« und »Zusammenarbeit« in der Terminologie des verstorbenen amerikanischen Sozialwissenschaftlers Ronald Inglehart.

Die Emigrant:innen aus Russland (und auch Belarus) haben keine Erfahrung mit dem Leben in einer liberalen Demokratie. Viele von ihnen wissen nicht, warum es notwendig ist, sich für Politik zu interessieren und am politischen und zivilen Leben teilzunehmen.

Selbst ein langes Leben in einer liberalen Demokratie führt nicht automatisch zu einer liberal-demokratischen Einstellung. Die hohe Zustimmung zu rechtsnationalen Parteien bei Emigrant:innen aus der UdSSR, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, ist ein Beleg dafür. Eine gewisse Missachtung der einheimischen Kultur durch einige der nach Georgien und Armenien geflohenen Russ:innen geht in dieselbe Richtung. Eine tief verwurzelte imperiale Arroganz lässt sich nicht so leicht aus der eigenen Denkweise verbannen. Viele können die Verantwortung für die Entstehung eines diktatorischen Regimes in Russland und den dadurch ausgelösten Krieg nicht übernehmen.

Die Änderung von Denkgewohnheiten erfordert viel Arbeit. Russischsprachige Bildungsprogramme, die sich

an die neuen Migrant:innen richten, könnten diesbezüglich von großem Nutzen sein. Diese Programme könnten aus zwei Teilen bestehen. Der erste Teil würde sich auf nationale Besonderheiten konzentrieren, auf die Beherrschung der Kultur, Literatur, Geschichte, Traditionen und Bräuche des Gastlandes. Der zweite Teil wäre universeller und würde eine Einführung in politische Theorie, Philosophie und Sozialwissenschaften, staatsbürgerliche Bildung, kritisches Denken, Frauenrechte, Umwelt- und Medienkompetenz bieten. All dies könnte in Form von Schulungen und Seminaren, Debatten, gedruckten Handouts und Instagram-Stories geschehen, viele Medien und Formen kommen hier in Frage. Parallel dazu sollten Gemeinschaften entstehen, in denen die Menschen soziale Beziehungen aufbauen und sich gegenseitig unterstützen können.

Wenn es den neuen russischen Emigrant:innen gelingt, Projekte dieser Art zu organisieren, dann können wir einigermaßen optimistisch in die Zukunft Russlands blicken. Für die Russ:innen, auch für die gut gebildeten, ist es längst überfällig, die Fähigkeiten zum Leben in einer Demokratie und zur sozialen Solidarität zu kultivieren.

Stand: 11.04.2022

Über den Autor
Boris Grosowskij ist ein russischer Journalist, der über die Wirtschaft und Entwicklung Russlands schreibt. Seine Arbeiten sind unter anderem in Forbes Russia, InLiberty, Moscow Times, New Times, Vedomosti und penRussia erschienen. In den Jahren 2002–2008 und 2014–2015 hatte er verschiedene redaktionelle Positionen bei Vedomosti inne (Korrespondent, Wirtschaftsredakteur, Redakteur der Meinungsseite). Seit 2011 ist Boris Grosowskij an verschiedenen Bildungs- und Vortragsprojekten beteiligt. Er organisiert öffentliche Vorträge und Diskussionen sowie Sommer- und Winterschulen für die Gaidar-Stiftung und das Sacharow-Zentrum. Grosowskij hat auch mit der Naumann-Stiftung, der Meinungsplattform InLiberty und der Moskauer Schule für politische Bildung zusammengearbeitet.

Quelle: Grozovski, B. (2022): Emigration 2022: A School of Democracy for Russian Refugees. Wilson Center, 08. April 2022, https://www.wilsoncenter.org/blog-post/emigration-2022-school-democracy-russian-refugees.

ANALYSE

Brücke zum »anderen Russland«

Russische Exilgruppen brauchen neue staatliche und private Förderprogramme

Barbara von Ow-Freytag (Prague Civil Society Centre, Berlin)

DOI: 10.31205/RA.420.02

Zusammenfassung
Im Zuge des größten Exodus aus Russland seit der Oktoberrevolution haben Hunderttausende Russen das Land verlassen, die meisten jung und gut ausgebildet. Auch in Deutschland hat der Ukraine-Krieg die Reihen der politisch aktiven russischen Diaspora geschlossen. Viele russischsprachige Aktivisten sind in der Ukraine-Hilfe engagiert und arbeiten weiter für ein demokratisches und offenes Russland. Für die Bundesregierung und private Förderer sind diese Gruppen ideale Partner, um weiter in die russische Gesellschaft hineinzuwirken. Um die russischsprachige Diaspora zu unterstützen, müssen zügig neue und flexiblere Programme und Instrumente entwickelt werden. Diese sollten damit verbunden werden, die deutsche Demokratieförderung im gesamten postsowjetischen Raum neu aufzulegen.

Seltene Geschlossenheit
»Wir haben uns vereint, damit die Stimmen der Russen, die gegen den Krieg stehen, in der ganzen Welt gehört werden können«, erklärte der Oppositionspolitiker Dmitrij Gudkow in einem gemeinsamen Video führender russischer Regimegegner. Das »Anti-Kriegs-Komitee« der russischen Exil-Prominenz, gegründet im März 2022, ist nur ein Beispiel für den neuen Schulter-

schluss in der sonst wenig geeinten russischen Diaspora. Der Überfall auf die Ukraine hat die Reihen der politischen Emigration aus Russland geschlossen wie selten. Fast gleichzeitig haben der Schriftsteller Boris Akunin, der Wirtschaftswissenschaftler Sergej Guriew und der bekannte Tänzer Michail Baryschnikow die Plattform »Wahres Russland« (https://truerussia.org/) geschaffen. »Russen aller Länder, vereinigt Euch gegen den Krieg«, heißt es in ihrem Appell, der die russischsprachige Diaspora zu Spenden für ukrainische Geflüchtete aufruft.

Einige Hunderttausend Russen haben das Land seit Ausbruch des Ukrainekriegs verlassen – der größte Exodus seit der Oktoberrevolution. Zunächst hat sich die neue russische Migration auf Tiflis, Jerewan, Istanbul und andere Orte konzentriert, die für Russen ohne Visa zu erreichen sind. Doch auch in Deutschland kommt ein stetiger Fluss russischer Migranten an, von denen viele auch Partner deutscher Organisationen sind. Und wie in anderen europäischen Städten sind auch in Deutschland ältere Exilgruppen mobilisiert wie selten zuvor. Berlin, schon immer wichtiges Zentrum der russischen Emigration, steht auch diesmal im Mittelpunkt. Seit dem 24. Februar, dem Tag des Kriegsbeginns, sind politisch engagierte Emigranten überall in der Stadt aktiv. Sie verfassen Aufrufe, organisieren Proteste vor der russischen Botschaft und helfen Geflüchteten aus der Ukraine. Die Panda Platforma im Prenzlauer Berg (https://panda-platforma.berlin/) ist zum kulturellen Treffpunkt russischsprachiger Aktivisten geworden. Neben Lesungen und Konzerten auch mit ukrainischen Künstlern bietet sie jeden Sonntag einen »safe space« für Geflüchtete an. Die legendäre Berliner Russen-Disco des Schriftstellers Wladimir Kaminer heißt inzwischen Ukraine-Disco (http://www.wladimirkaminer.de/de/blog). Auch die neu kreierte weiß-blaue Fahne, ohne das »Rot von Blut«, die in wenigen Wochen zum internationalen Symbol der Anti-Putin Opposition geworden ist, wurde von der russischen Exildesignerin Kai Katonina in Berlin entworfen.

Exodus und Zeitenwende

Dabei gehören die oppositionellen Aktivisten, Journalisten und Künstler, die in den letzten zwanzig Jahren Russland verlassen haben, selbst auch zu den Opfern des Krieges, den das »System Putin« seit langem gegen die russische Gesellschaft führt. Die systematische Unterdrückung des »unabhängigen Lebens der Gesellschaft« (Vaclav Havel) in Russland hat den Krieg gegen die Ukraine vorbereitet. Bis zu fünf Millionen Russen sollen nach einer jüngeren Studie unter Putin Russland verlassen haben (https://tochno.st/materials/emigratsiya-2000-kh). Auch wenn die genaue Zahl schwer zu schätzen ist, handelt es sich meist um junge, aktive und gut qualifizierte Menschen. Auch die jüngste Flüchtlingswelle umfasst, neben prominenten Aktivisten, Menschenrechtlern und Journalisten, vor allem junge IT-Experten, Fachleute und Vertreter der »kreativen Klasse« aus städtischen Milieus. Selbst wenn genaue Prognosen unmöglich sind, ist klar, dass diese Welle anhalten bzw. anschwellen wird, je mehr Russland in politischer Repression, Militarismus, Isolation und wirtschaftlichem Niedergang versinkt.

Auch für die zivilgesellschaftlichen Verbindungen zu Russland, die immer ein Schwerpunkt deutsch-russischer und europäisch-russischer Beziehungen waren, bedeutet der Ukraine-Krieg eine Zeitenwende. Russlands Zivilgesellschaft und unabhängige Medien, die trotz großen staatlichen Drucks eine beeindruckende Innovation und Resilienz bewiesen haben, sind unter der Anfang März eingeführten Kriegszensur zerschlagen oder zumindest isoliert, kriminalisiert und handlungsunfähig. Viele Organisationen sind verboten, aufgelöst oder »liquidiert«, wie die Menschenrechtsgesellschaft Memorial. Bei vielen sind ein Teil der Mitarbeiter ins Ausland geflohen, bei anderen das gesamte Team. Gleichzeitig hat die zwangsweise Schließung aller deutschen politischen Stiftungen und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die neben anderen internationalen Stiftungen, Think Tanks und Menschenrechtsorganisationen am 8. April faktisch annulliert wurden, einen endgültigen Schlussstrich unter mehr als 30 Jahre internationalem zivilgesellschaftlichem Austausch mit Russland gezogen. Die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit, die über das größte und vielfältigste Netz gemeinsamer Initiativen mit russischen Partnern in Europa verfügt, ist grundsätzlich in Frage gestellt. In den meisten Fällen steht die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit für eine langjährige und tiefgreifende »Verflechtung« mit Russland und muss nun völlig neu gedacht und gestaltet werden.

Gegen Isolation und Propaganda

Neben der politischen und wirtschaftlichen Isolierung ist vor allem die Abschottung der russischen Gesellschaft ein Desaster für die Zukunft des Landes. Mit der Schaffung einer »*disconnective society*«, also einer Gesellschaft, die durch Isolation und Propaganda auf ihren Führer eingeschworen ist (https://ridl.io/en/russia-ukraine-and-the-emergence-of-disconnective-society/), hat der Kreml ein wichtiges Kriegsziel erreicht, meint der russische Kommunikationswissenschaftler Grigorij Asmolow. Neben *Brain Drain*, Militarisierung und Repression bedroht die Isolation der russischen Gesellschaft langfristig die Entwicklung unabhängiger, demokratischer und kreativer Kräfte im Land. In dieser Situation erhält die russischsprachige Diaspora eine neue Schlüsselfunktion und muss nach Kräften unterstützt werden. Nicht nur weil sie Solidarität und Hilfe verdient, son-

dern weil sie die wichtigste und natürlichste verbleibende Brücke zu jenen Kräften in Russland ist, die den Krieg ablehnen und weiter für ein offenes und demokratisches Russland stehen. Deutschland hat ein elementares Interesse, Exilgruppen gezielt und effektiv zu unterstützen, die weiter mit ihren bisherigen Mitarbeitern, Partnern und Zielgruppen in Russland verbunden sind und dabei sind, neue Strukturen aufzubauen. Außer auf neue digitale Möglichkeiten muss dabei auch auf Erfahrungen aus der sowjetischen Zeit zurückgegriffen werden. Wie in den 1980er Jahren geht es wieder darum, die »Macht der Ohnmächtigen« zu unterstützen, wie Vaclav Havel es nannte. Gerade er wusste, dass dies in repressiven Zeiten vor allem »Kleinarbeit« ist. Diese auf allen Ebenen operativ und flexibel zu unterstützen ist jetzt eine vordringliche Aufgabe der Bundesregierung, aber auch privater Förderer in Deutschland. Im Einzelnen sollte es zunächst vor allem um folgende Maßnahmen gehen:

1. Zurecht hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dazu aufgerufen, Putin-Kritikern, die Russland verlassen, Arbeitsplätze in Deutschland zur Verfügung zu stellen (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/russland-robert-habeck-ermuntert-putin-kritiker-zur-arbeit-in-deutschland-a-9838309f-b145-41ed-b34c-92df29c23cf0). Die dringendste Aufgabe der Bundesregierung ist es somit, eine großzügige Aufnahmepraxis für russische zivilgesellschaftliche Aktivisten und Journalisten einzurichten, die durch Krieg und Repression ins Exil getrieben wurden. Vor allem langjährige Partner deutscher Organisationen und Stiftungen, aber auch andere Aktivisten der demokratischen Zivilgesellschaft wie Menschenrechtsverteidiger, Umweltschützer, Journalisten, Kulturschaffende oder Wissenschaftler, die unter dem Druck der aktuellen »Hexenjagd auf die Meinungsfreiheit« (https://www.amnesty.at/presse/russlands-hexenjagd-auf-die-meinungsfreiheit/) ausgereist sind, brauchen dringend erleichterte Einreise- und Aufenthaltsregeln. Dabei geht es nicht um Möglichkeiten für Asylverfahren, sondern um ein humanitäres Aufnahmeprogramm, das ein Recht auf längerfristigen Aufenthalt inklusive sozialer Absicherung und Integration, auf Erwerbstätigkeit und demokratische politische Betätigung einschließt. Erforderlich ist dafür auch ein Mechanismus, mithilfe dessen andere Visa-Arten, mit denen Geflüchtete ins Land gelangt sind, in Deutschland kurzfristig in längerfristige Aufenthaltsvisa umgewandelt werden können. Dabei sollte die Einzelfallprüfung ebenfalls erst in der Bundesrepublik vorgenommen werden.
2. Ergänzend zu existierenden Förderformaten, vor allem den Mitteln für die Förderung des Programms zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland (ÖPR), müssen neue, ausreichend ausgestattete und äußerst flexible Förderprogramme geschaffen werden, um die russische Diaspora in ihrer Brückenfunktion nach Russland zu unterstützen. Auch die bisher überbürokratisierte Zivilgesellschaftsförderung des Bundes, von der viele mit Russland und Osteuropa verbundene Organisationen abhängig sind, muss der neuen politischen Realität angepasst werden. Neben flexibleren Haushaltsregeln sollten die Vorgaben für Laufzeiten, Berichterstattung und Auszahlung von Fördergeldern vereinfacht und beschleunigt werden. Darüber hinaus sollte die deutsche Demokratieförderung grundsätzlich überdacht und in Absprache mit zivilgesellschaftlichen Akteuren neu entwickelt werden (https://libmod.de/fuer-eine-nachhaltige-demokratiefoerderung-in-der-oestlichen-nachbarschaft-und-der-russischen-foederation/). Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass dringend neue Wege entwickelt werden müssen, um Demokratieförderung nicht nur in Russland, sondern auch anderen postsowjetischen Staaten unter Diktaturbedingungen zu ermöglichen. Ein Ziel müsste sein, neben den bisher üblichen Projektmitteln (die zwingend deutsche Partner erfordern) Ressourcen verfügbar zu machen, um die sich Diasporavertreter und -organisationen mit neuen Ideen direkt, als selbstständig registrierte Nichtregierungsorganisationen und als Einzelpersonen bewerben können. Wichtig ist, dass auch private deutsche Stiftungen, vor allem die Bosch- und Bertelsmann-Stiftungen, die sich in den letzten fünfzehn Jahren aus dem postsowjetischen Raum zurückgezogen haben, aber auch andere wichtige Player wie die Mercator-Stiftung, wieder »einsteigen« und neue Förderformate entwickeln, die die vielfältigen Ideen russischer, aber auch belarusischer Exilgruppen aufgreifen. Ziel muss sein, eine bunte und differenzierte deutsche Förderlandschaft zu entwickeln, die das »andere Russland« unterstützt, das sich dem Ukraine-Krieg widersetzt und weiter für ein offenes, demokratisches und pluralistisches Russland engagiert ist.
3. Daneben muss ein breites Netz weiterer Unterstützungs-, Schutz- und Bildungsmaßnahmen für die jüngste Welle politischer Flüchtlinge aus Russland geschaffen werden. In Berlin und anderen deutschen Städten sollten »Osteuropa-Häuser« eingerichtet werden, die als Treffpunkte für die Beratung, Unterstützung und Vernetzung von Verfolgten aus Russland, aber auch aus Belarus und anderen postsowjetischen Staaten, dienen sollten (wobei für Ukrainer in der anhaltenden Kriegssituation eigene Einrichtungen geschaffen werden müssen). Der/die Koor-

dinator/en der Bundesregierung für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit der Region (s. auch Punkt 7) sollten eine Geberkonferenz deutscher Stiftungen, Universitäten, Kultureinrichtungen, aber auch Unternehmen, Startups und NGOs etc. einberufen, um die Förderung qualifizierter Emigranten durch Ausbildungsprogramme, Fellowships, gezielte Praktika und andere Initiativen zu koordinieren. Gleichzeitig sollten demokratisch engagierte Exilrussen gezielt in den öffentlichen Diskurs eingebunden werden und in öffentlichen Veranstaltungen, Talk Shows etc. größere Sichtbarkeit bekommen. Um Russlands »*disconnective society*« entgegenzuwirken, ist es wichtiger denn je, russische Experten, Intellektuelle und Aktivisten zu integrieren und ihnen eine Stimme zu geben.

4. Bei allen Förderprogrammen sollte die Unterstützung von unabhängigen russischsprachigen Medien und Journalisten erste Priorität haben. Krieg und Militärzensur haben den russischen Informationsraum von fast allen nicht vom Kreml kontrollierten Nachrichtenquellen abgeschnitten. In dieser Totalblockade sind die vielen exzellenten russischsprachigen Exiljournalisten bald die letzte Option für alternative Informationskanäle aus, über und nach Russland. Fast alle unabhängigen russischen Online-Medien sind dabei, separate, oft zweisprachige Portale in EU-Hauptstädten aufbauen. Redakteure und Journalisten stehen vor multiplen Aufgaben und müssen ein Spektrum neuer Formate entwickeln: für Nachrichten *aus* Russland, Informationen über den Krieg gegen die Ukraine *in* Russland sowie alternative Angebote für die russischsprachigen Communities im Ausland. In allen Bereichen brauchen sie schnelle und effektive Unterstützung, v. a. finanzielle Hilfe, technische Ausstattung und rechtliche Beratung. Der neue JX Fund (https://www.jx-fund.org/), den Reporter ohne Grenzen gemeinsam mit den Rudolf Augstein und Schöpflin Stiftungen aufgesetzt hat, ist ein exzellentes Beispiel. Ebenso inspirierend ist das neue Medienportal für »russischsprachige Europäer«, das die bekannte Nowaja Gaseta quasi über Nacht in Riga aufgebaut hat (https://novayagazeta.eu/). Angesichts der großen russischsprachigen Minderheit in Deutschland, die westlichen Medien bis heute misstrauisch begegnet (https://www.deutschlandfunk.de/mediennutzung-russische-community-deutschland-100.html), sollten die Bundesregierung und deutsche Förderer größtes Interesse daran haben, dass solche Initiativen auch in Berlin entwickelt und angesiedelt werden.

5. Eine weitere Priorität sollte im Bildungsbereich liegen. Der Krieg hat gezeigt, wie weit es dem »System Putin« gelungen ist, die russische Gesellschaft durch Desinformation und Propaganda einzuschüchtern und zu manipulieren. Der Politikwissenschaftler Andrej Kolesnikow spricht von »passiver Konformität« und »Gleichschaltung« der russischen Bevölkerung (https://carnegieendowment.org/2022/04/06/how-silent-assent-made-bucha-possible-pub-86822). Viele wegweisende zivilgesellschaftliche Projekte haben versucht, der Indoktrination des Staates entgegenzuwirken. Das Spektrum reicht von politischer Bildung (Schule für gesellschaftliche Bildung, früher Moskauer Schule für gesellschaftliche Bildung, seit 2017 in Riga und Vilnius, http://civiceducation.ru/), Fortbildungen in sozialen Fragen (Takie Dela, https://takiedela.ru/ und Nushna Pomoschtsch, https://nuzhnapomosh.ru/about/) oder Menschenrechten (etwa die Schule des Gesellschaftlichen Verteidigers, die gemeinsam vom Sacharow-Zentrum und Rus Sidjaschchaja ins Leben gerufen wurde, https://www.facebook.com/groups/962300340582703/), journalistischen Workshops in den russischen Regionen (von 7x7 Horizontales Russland, https://semnasem.org/en) bis zu anspruchsvollen historischen Seminaren (Arzamas Akademie, https://arzamas.academy/) und der Menschenrechtsgesellschaft Memorial, die bis Januar 2022 einen vielbeachteten Schülerwettbewerb durchführte (https://www.memorial.de/index.php/7982-schuelerwettbewerb-ende-eines-projekts). Viele Träger sind bereits im Exil oder versuchen derzeit, parallele Strukturen im Ausland aufzubauen. Sie vertreten die liberale Elite des Landes, verfügen über bedeutende Netzwerke und verfolgen angesichts des Krieges wichtige neue Ideen, wie z. B. das Portal 7x7 Horizontales Russland, das auf YouTube eine Online-Universität für junge Menschen in entfernteren russischen Regionen aufbauen will. Mit dem Exodus russischer Nachwuchswissenschaftler und Kulturschaffender stehen solchen Projekten erstklassige Experten zur Verfügung, die die russische Öffentlichkeit direkt ansprechen können. Für deutsche Förderer sind dies ideale Voraussetzungen für sinnvolle Programme, die trotz des neuen Eisernen Vorhangs in die russische Gesellschaft hineinstrahlen können.

6. Ein weiterer Schwerpunkt muss in der Menschenrechtsarbeit liegen. Mit dem Krieg steht Russland vor einer Zeit von Staatsterror, Diktatur und Re-Stalinisierung. Die massenhaften Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen in der Ukraine wie auch die wachsende sozioökonomische Krise zwingen das Putin-Regime unausweichlich zu größerer Härte gegen Kritiker im Inland. Die Festnahmen von über 15.000 Anti-Kriegs-Demonstranten, die Militärzensur und drastische Einschränkungen der Meinungsfreiheit sind wohl nur der Anfang einer immer massi-

veren Verfolgung aller Andersdenkenden. Durch das Ausscheiden aus dem Europarat unterliegt Russland ab September 2022 nicht mehr der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), auch dies ist eine Zeitenwende. Auch im Menschrechtsbereich hat die russische Zivilgesellschaft wegweisende Organisationen entwickelt, deren Erfahrung nicht verloren gehen darf. Die Nichtregierungsorganisation OWD-Info (https://ovdinfo.org/), die alle wichtigen politische Proteste in Russland begleitet hat, das Komitee gegen Folter (https://pytkam.net/en/) und die (aufgelöste) Rechtsanwaltsvereinigung Team 29, die inzwischen die neue Plattform »Erstes Department« gegründet hat (https://dept.one/), haben in den letzten zehn Jahren attraktive, innovative Plattformen aufgebaut, die Millionen von Menschen erreicht haben. So schwierig Menschenrechtsarbeit im heutigen Russland ist, kann sie auf viel Professionalität und Erfahrung aufbauen. Ebenso müssen Wege gefunden werden, das Register »politischer Gefangener« (https://memohrc.org/en/news_old/memorial-publishes-updated-lists-political-prisoners) aufrechtzuerhalten, das das Menschenrechtszentrum Memorial entwickelt hat. Für Deutschland, das die Themen Geschichte, Diktatur und Totalitarismus mit Russland teilt, sollte es eine Ehrensache sein, gerade der Gesellschaft »Memorial« alle Möglichkeiten zu bieten, ihre Strukturen, Archive und diversen Tätigkeitsbereiche hierzulande neu aufzubauen.

7. Angesichts dieser vielfältigen Aufgaben ist die überfällige Neuordnung und -besetzung des Amts des Beauftragten für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft, der Russischen Föderation und Zentralasien im Auswärtigen Amt dringender denn je. Wie mehrere deutsche NGOs unterstrichen haben (https://www.austausch.org/aktuelles-deteils/krieg-gewalt-desinformation-und-repression-entgegentreten-gemeinsam-mit-zivilgesellschaftlichen-kraeften-aus-russland-belarus-un/), ist das Amt eines Regierungskoordinators für Russland und die gesamte Region in der aktuellen Situation wichtiger denn je. Es ist unverständlich und inakzeptabel, dass die Funktion aus parteiinternen Gründen seit Monaten unbesetzt bleibt. Seit Jahren zeichnet sich ab, dass die Aufgaben des Amts mit 11 postsowjetischen Ländern nicht nur überfrachtet, sondern vor allem zu disparat geworden sind. Durch den Krieg gegen die Ukraine ist eine neue Aufteilung zwingend notwendig geworden: in eine/n separate/n Beauftragte/n für die zwischengesellschaftlichen Beziehungen mit Russland und Belarus (KO-RUS/BY) und eine/n weitere/n Koordinatoren/in für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit den assoziierten Ländern der Österlichen Partnerschaft. Das Mandat der/s KO-RUS/BY sollte gezielt auf die Zusammenarbeit mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern im Exil ausgeweitet werden. Beide Ämter sollten mit regional erfahrenen und qualifizierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besetzt und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, um die Realisierung der oben genannten Maßnahmen politisch und fachlich zu unterstützen.

Eine eigene Infrastruktur ist nötig

Es ist wichtig zu bedenken, dass sich die Mehrheit der Intellektuellen, Wissenschaftler und Kulturschaffenden, die Hoffnungsträger für ein »anderes Russland« sind, trotz des derzeitigen massiven Exodus weiter im Land befinden. Mit Recht erinnert der Propaganda-Experte Peter Pomerantsev daran, dass es heute weit bessere Kommunikationsmittel gibt als im Kalten Krieg, um die russische Gesellschaft von außen zu erreichen. Er ruft den Westen dazu auf, eine »eigene Infrastruktur« aufzubauen, um die Abschottung Russlands zu überwinden und mit verschiedenen Teilen der russischen Bevölkerung in Kontakt zu kommen (https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/peter-pomerantsev-russland-propaganda-wladimir-putin/komplettansicht). Langfristig erfordert diese Aufgabe mehr als die Unterstützung politisch und zivilgesellschaftlich engagierter russischsprachiger Exilgruppen. Aber die Unterstützung der demokratisch gesinnten Diaspora ist dafür ein entscheidender Anfang und sicher auch der beste Weg, um effektive und passende eigene Formate zu entwickeln.

Über die Autorin
Barbara von Ow-Freytag ist Journalistin, Politikwissenschaftlerin und Expertin für zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Russland und anderen postsowjetischen Staaten. Ehemals Referentin des Koordinators der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Andreas Schockenhoff MdB, und Geschäftsführerin des EU-Russia Civil Society Forums; seit 2015 für das Prague Civil Society Centre tätig (Prag, Brüssel, Berlin). Seit 2021 Mitglied des Vorstands.

KOMMENTAR

Die Schrecken des Krieges und deren demografische Folgen für Russland

Olga R. Gulina (RUSMPI UG, Institute on Migration Policy, Berlin)

Nach den vorläufigen Daten der russischen Volkszählung des Jahres 2022 leben derzeit 147 Millionen Menschen im Land. Die Migrationslage in Russland ist geprägt durch ein negatives demografisches Szenario in Verbindung mit einer erhöhten Sterblichkeit der Bevölkerung, der Abwanderung russischer Staatsbürger:innen und der Auswanderung der Arbeitsmigrant:innen sowie einer neuen Welle humanitärer Migrant:innen aus der Ukraine, deren Zahl und rechtlicher Status bisher nur schwer vollständig abzuschätzen ist.

Demografische Prognosen

Vor einigen Jahren hat die russische Statistikbehörde Rosstat drei demografische Szenarien für die Entwicklung des Landes bis 2035 vorgelegt: ein negatives, ein konservatives und ein optimistisches. 2019 hat die Behörde diese Szenarien aktualisiert (https://rosstat.gov.ru/folder/12781). Diese Szenarien berücksichtigen Geburts-, Sterbe- und Migrationstrends in Russland. Das optimistische Szenario, das von positiven Veränderungen im Bereich der Migration ausgeht, würde aufgrund eines Anstiegs der Geburtenrate und der Lebenserwartung dafür sorgen, dass die russische Bevölkerung bis 2035 auf 150,1 Millionen Menschen wächst. In der konservativen Variante der Prognose würde die Bevölkerung der Russischen Föderation im Jahr 2035 143 Millionen Menschen betragen. Die pessimistische Prognose von 134,3 Millionen Menschen wurde mit der Annahme berechnet, dass die Lebenserwartung in Russland bis 2035 steigt, die Geburtenrate und die Zahl der Migranten jedoch sinken würden. Die Berechnungen der demografischen Szenarien der Vereinten Nationen waren hingegen schon immer pessimistischer: Dies mag daran liegen, dass diese die Krim-Bevölkerung nicht einbeziehen oder einen Zeithorizont bis 2100 anlegen (https://population.un.org/wpp2019/Download/Standard/Population/). Im konservativen Szenario sagen die VN einen weiteren Rückgang der Bevölkerung bis auf 135,8 Millionen im Jahr 2050 und auf 126,1 Millionen im Jahr 2100 voraus.

Der Krieg in der Ukraine verstärkt einerseits den Bevölkerungsschwund in Russland durch die zunehmende Auswanderung von Russ:innen und die Abwanderung von Arbeitsmigrant:innen. Dieser Negativtrend kann aber zumindest teilweise durch den Zuzug ukrainischer Bürger:innen aus den Gebieten der selbsterklärten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk (LVR und DVR) ausgeglichen werden.

Arbeitsmigrant:innen: Wehrdienst als neuer Job

Im Zeitraum von Januar bis Dezember 2021 waren 4.519.618 Staatsbürger:innen aus Usbekistan, 2.439.198 Staatsbürger:innen aus Tadschikistan, 884.133 Staatsbürger:innen aus Kirgisistan, 163.938 Staatsbürger:innen aus Kasachstan, 7.880 Staatsbürger:innen aus Turkmenistan, 240.590 Staatsbürger:innen aus der Ukraine und 174.500 Staatsbürger:innen aus Belarus in Russland zu »Arbeitszwecken« registriert. Der Krieg in der Ukraine wird die Rückkehr der Arbeitsmigrant:innen in ihre Herkunftsländer fördern. Usbekistan hat sich zudem bereit erklärt, Arbeitsmigrant:innen aufzunehmen und ihnen bei der Arbeitssuche zu helfen. Aus Russland kehrten 133.333 usbekische Arbeitsmigrant:innen nach Usbekistan und 60.337 tadschikische Migrant:innen nach Tadschikistan zurück.

Allerdings werden nicht alle Arbeitsmigrant:innen aus Russland in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Unter den Arbeitsmigrant:innen, die angesichts der rückläufigen Arbeitsmarktlage in Russland bleiben, gibt es einige, die bereit sind, im Gegentausch für einen russischen Pass und/oder ein stabiles Gehalt zwischen 500 und 2500 Euro in den Krieg zu ziehen. Dieses Gehalt wurde jenen angeboten, die bereit waren, sich der russischen Armee im März/April 2022 anzuschließen. Aufgrund der 2013 vorgenommenen Änderungen des Gesetzes »Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst« sind alle Männer verpflichtet, nach Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft ihren Militärdienst in der russischen Armee abzuleisten, auch wenn sie ihren Militärdienst bereits in einem anderen Land geleistet haben (Artikel 23-1 Absatz G des Gesetzes FZ 111 der Russischen Föderation »Über die Wehrpflicht und den Wehrdienst«, https://base.garant.ru/178405/74d7c78a3a1e33cef2750a2b7b35d2ed/). Die einzige Ausnahme von dieser Regel gilt für tadschikische Staatsangehörige (https://base.garant.ru/1119543/#block_342).

Derzeit gibt es noch keine genauen Schätzungen, wie viel Arbeitsmigrant:innen als Söldner:innen in den Krieg gezogen sind. Allerdings wird es sich dabei um eine kleine Anzahl handeln, weil die zentralasiatischen Staaten historisch enge Verbindungen zu beiden Kriegsparteien pflegen und es deswegen auch vorkommt, dass angesehene Familienmitglieder Verwandten ein Verbot aussprechen, sich im Krieg auf eine Seite zu schlagen. Im Laufe der Zeit könnte sich die Lage aber verschärfen. Für die Arbeitsmigrant:innen spielt die Aussicht auf regelmäßiges Einkommen eine entscheidende Rolle bei der

Entscheidung, sich dem Militärdienst zu verschreiben. Dabei macht die russische Armee über verschiedenste Kanäle Werbung: russischsprachige und nationale Jobwebsites wie HeadHunter.ru, UzMigrant, soziale Netzwerke und Telegram. Inzwischen ist schon von einigen Bürger:innen Kirgisistans, Usbekistans und Kasachstans berichtet worden, die zur Arbeitssuche nach Russland kamen und nun aber in Särgen aus dem Krieg in der Ukraine in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind.

Geflüchtete, die keine Geflüchteten sind

Aus mehreren Gründen ist es schwierig, den Umfang der Migrationsströme aus der Ostukraine nach Russland zu quantifizieren und zu qualifizieren. Erstens werden im Krieg humanitäre Korridore nicht immer freigestellt. Die Betroffene haben dann keine Wahl und flüchten dorthin, wohin es möglich ist. Zweitens ist die Bevölkerung der selbsternannten »Volksrepubliken« überaltert (https://ukraineverstehen.de/twickel-covid19-volksrepubliken-lnr-dnr/), die ältere Generation steht oft Russland näher. Drittens gibt es schon zahlreiche Berichte über Geflüchtete aus der Ukraine, die gegen ihren Willen nach Russland deportiert wurden.

Internationale Organisationen verzeichnen 563.266 Geflüchtete aus der Ukraine auf dem Territorium Russlands (https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine). Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) steht Russland an dritter Stelle, was die Zahl der aus der Ukraine aufgenommenen Geflüchteten betrifft. Doch wer sind diese Leute? Und welchen rechtlichen Status haben sie in der Russischen Föderation?

Vor dem Krieg betrug die Bevölkerung der DVR und der LVR 2,23 bzw. 1,43 Millionen. Laut UNHCR befinden sich 563.266 Geflüchtete aus der Ukraine auf dem Gebiet der Russischen Föderation (Stand: 21.04.2022). Diese, vom UNHCR erfassten Personen, sind 15 Prozent der Bevölkerung der selbsternannten »Volksrepubliken«, die nach Russland kamen. Sie sind keine Flüchtlinge im Sinne des russischen und internationalen Rechts (Artikel 3 des Flüchtlingsgesetzes). Diesen Menschen wurde temporäres Asyl gewährt (Artikel 12 des Flüchtlingsgesetzes). Der Status der Geflüchteten und das temporäre Asyl unterscheiden sich je nach Gewährungs- und Verlängerungsgründen, der Dauer der Gewährung, der Zuständigkeit der Behörden und dem Umfang der persönlichen sozialen Rechte und Ansprüche. Personen, denen in Russland der Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde, haben Anspruch auf Rentenleistungen, während Personen mit temporärem Asylstatus keinen Anspruch auf Rente haben.

Schon nach 2014 kamen viele Ukrainer:innen nach Russland (https://www.e-ir.info/2017/05/04/migration-of-ukrainians-to-russia-in-2014-2015/#_ftn1). Nach Angaben der russischen Migrationsbehörde stieg die Zahl der ukrainischen Staatsbürger:innen auf dem Staatsterritorium Russlands zwischen 2014 bis März 2015 von 0,9 auf 2,5 Millionen Menschen an. Auch diese verfügten über ein temporäres Asyl und bekamen keinen Flüchtlingsstatus zugeschrieben. Im Laufe der Zeit kamen viele durch ein vereinfachtes Verfahren an die russische Staatsbürgerschaft, und ihr Status ist inzwischen durch zahlreiche Gesetze geregelt worden (https://ridl.io/en/passport-expansion/).

Um heute den Flüchtlingsstatus zu erhalten, muss eine Person einen Antrag bei einer diplomatischen Mission oder konsularischen Einrichtung der Russischen Föderation, bei der russischen Grenzbehörde oder innerhalb eines Tages nach dem Grenzübertritt bei einer Gebietskörperschaft des Innenministeriums stellen. Die Frist für die Prüfung des Antrags beträgt drei Monate (http://docs.pravo.ru/zakon-o-bejencah/). Im Jahr 2019 wurde 32 Personen der Flüchtlingsstatus zuerkannt, 2020 waren es 28 Personen. Am 1. Januar 2021 hatten 455 Personen in der Russischen Föderation den Flüchtlingsstatus, darunter 189 afghanische Staatsangehörige, 54 Bürger:innen der Ukraine, 20 Personen aus Georgien, 8 Personen aus Moldawien und 6 Personen aus Aserbaidschan (https://www.unhcr.org/ru/stats).

Eine Verordnung der Regierung der Russischen Föderation regelt die Gewährung von temporärem Asyl für Bürger:innen der Ukraine, der »Volksrepublik Donezk« und der »Volksrepublik Luhansk« auf dem Territorium der Russischen Föderation durch ein vereinfachtes Verfahren (http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_165933/92d969e26a4326c5d02fa79b8f9cf4994ee5633b/#dst100011). Das temporäre Asyl wird ausländischen Bürger:innen oder Staatenlosen im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation gewährt, wenn die Person:

1. Gründe hat, als Geflüchtete:r anerkannt zu werden, sich aber auf einen schriftlichen Antrag mit der Bitte um einen vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation beschränkt;
2. keine Gründe für die Anerkennung als Geflüchtete:r hat, aber aus humanitären Gründen aus dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation nicht ausgewiesen werden kann.

Personen, die nach Beginn des Krieges in die Russische Föderation eingereist sind und denen ein temporärer Asylstatus zuerkannt wurde, erhalten eine Pauschalzahlung in Höhe von 10.000 Rubel, was derzeit etwa 119 EUR entspricht (https://krd.ru/administratsiya/administratsii-krasnodara/upravlenie-po-sotsialnym-voprosam/pomoshch-bezhentsam/); ihnen werden medizinische Versorgung, Hilfe bei der Arbeitssuche und bei der Unterbringung der Kinder in Bildungseinrichtungen garantiert. Das temporäre Asyl wird für ein

Jahr gewährt und kann durch einen formlosen Einzelantrag beliebig oft verlängert werden.

Am 12. März 2022 erließ die Regierung der Russischen Föderation eine Verordnung über Quoten für die Verteilung der Einwohner:innen der LVR und der DVR auf die Regionen der Russischen Föderation (https://rg.ru/2022/03/16/raspredelenie.html). Die Städte Moskau, St. Petersburg und Sewastopol haben keine Zuteilung von Bewohner:innen der vom Krieg betroffenen Regionen der Ukraine über die Verteilungsquoten erhalten. Laut der Verordnung sind insgesamt 95.909 Quoten geplant (s. Karten 1/2 und Tabelle 1 auf S. 29–31). Die Verordnung nannte aber keine Kriterien für die Verteilung, das Verfahren zur Gestaltung und Festsetzung der Verteilungsquoten ist somit nicht klar geregelt. Die Verordnung legt fest, dass bei Ausschöpfung der Kontingente einer Region diese einer anderen Regionen übertragen werden können, in denen die Quoten nicht ausgeschöpft sind und/oder die Ukrainer:innen Verwandte oder Familienmitglieder haben. Die Zahl der Personen, die aus der Ukraine in der Russischen Föderation angekommenen sind, übersteigt allerdings bereits jetzt schon die Zahl der vorgesehenen Quoten. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Mehrheit der Bewohner:innen der LVR und DVR, die in der Russischen Föderation angekommen sind,

a. ihren Rechtsstatus 90 Tage lang nicht legalisieren und sich im Rahmen des Abkommens von 1994 ohne Visum in der Russischen Föderation aufhalten werden (https://base.garant.ru/1155442/)
b. daran interessiert sind, die russische Staatsbürgerschaft in einem vereinfachten Verfahren und ohne Entrichtung der Gebühr zu erhalten (http://www.kremlin.ru/acts/bank/44245)
c. die Russische Föderation verlassen werden, auch in Richtung EU. Allerdings kann es hier zu Schwierigkeiten kommen. Personen, denen ein vorübergehender Asylstatus zuerkannt wurde, können das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation erst dann verlassen, wenn sie auf diesen Status verzichtet haben, da der Erwerb des vorübergehenden Asylstatus zum Entzug der Ausweispapiere der Person und zur Ausstellung einer vorübergehenden Asylbescheinigung führt.

Gesetzesinitiativen in der Migrationspolitik im ersten Quartal 2022

Die gesetzgeberische Tätigkeit der Staatsduma zeigt, dass das Land unter einem Kriegsregime und einer zunehmenden Konfrontation mit anderen Ländern lebt. Zwischen Januar und März 2022 haben die russischen Gesetzgeber neue Entwürfe für die Gesetze »Über die Gewährung von politischem Asyl in der Russischen Föderation« (https://sozd.duma.gov.ru/bill/85017-8) und »Über die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation« vorgelegt, während der Präsident die Einrichtung einer ressortübergreifenden Kommission für Migration beim Sicherheitsrat Russlands angeordnet hat (http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202202100046?). Die Themen Migration, Bevölkerungsbewegung und Demografie des Landes sind für den russischen Präsidenten und das Parlament offensichtlich zur Priorität geworden. Im Februar 2022 wurde eine dem Sicherheitsrat untergeordnete Kommission für Migration eingerichtet. Die Kommission hat den Auftrag, »die Migrationssituation« zu analysieren, nach »inneren und äußeren Bedrohungen der nationalen Sicherheit im Bereich der Migration« zu suchen und die staatlichen Stellen bei der Umsetzung der Migrationspolitik zu koordinieren. Der Kommission gehört u. a. der stellvertretende Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, der Vorsitzende des Ermittlungskomitees, die Chefs des Innen- und des Außenministeriums sowie der Leiter der Direktion für Innenpolitik des Präsidenten an: Insgesamt setzt sich die Kommission aus 29 Personen unter der Leitung von Dmitrij Medwedew, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates, zusammen. Die Einsetzung der Kommission zwei Wochen vor dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine, die Besetzung der Kommission mit bürokratischen Schwergewichten, ihre Zusammensetzung und ihre Befugnisse lassen die Frage aufkommen, welche Migrationsströme in welchem Gebiet als »innere und äußere Bedrohung der nationalen Sicherheit« der Russischen Föderation betrachtet werden können oder sollen.

Auch die Gesetzgebung über Staatsbürgerschaft erfährt einschneidende Veränderungen. Die Institution der Staatsbürgerschaft war und bleibt der verlängerte Arm der geopolitischen Macht Russlands, der auch der demografischen Lage des Landes dienen muss. Anfang April 2022 wurde ein neuer Gesetzentwurf »Über die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation« (https://sozd.duma.gov.ru/bill/49269-8?) von der Staatsduma in erster Lesung verabschiedet. Dieser Gesetzentwurf enthält zahlreiche Neuerungen in Bezug auf militärische Konflikte auf den Territorien unabhängiger Staaten.

Erstens sieht Artikel 18-1 Absatz B des Gesetzentwurfs die Verpflichtung der zuständigen Stellen vor, einen Antrag auf Staatsbürgerschaft abzulehnen, wenn der oder die Antragsteller:in »an internationalen, interethnischen oder interterritorialen Konflikten teilgenommen hat«. Zweitens wird in Artikel 13-4 des Gesetzentwurfs das Prinzip der »Staatsbürgerschaftswahl« als Grund für den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft erwähnt. Es handelt sich um die Wahl der Staatsangehörigkeit durch die Personen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen oder in einem Gebiet wohnen, das seine Staatszugehörigkeit geändert hat (Artikel 20 des

Gesetzesentwurfs). Die Einführung dieser Norm bedeutet, dass die Frage der Staatsbürgerschaft der Bevölkerung in Konfliktgebieten durch ein einziges russisches Gesetz und nicht durch internationale Verträge der sich im Konflikt befindlichen Staaten gelöst werden kann.

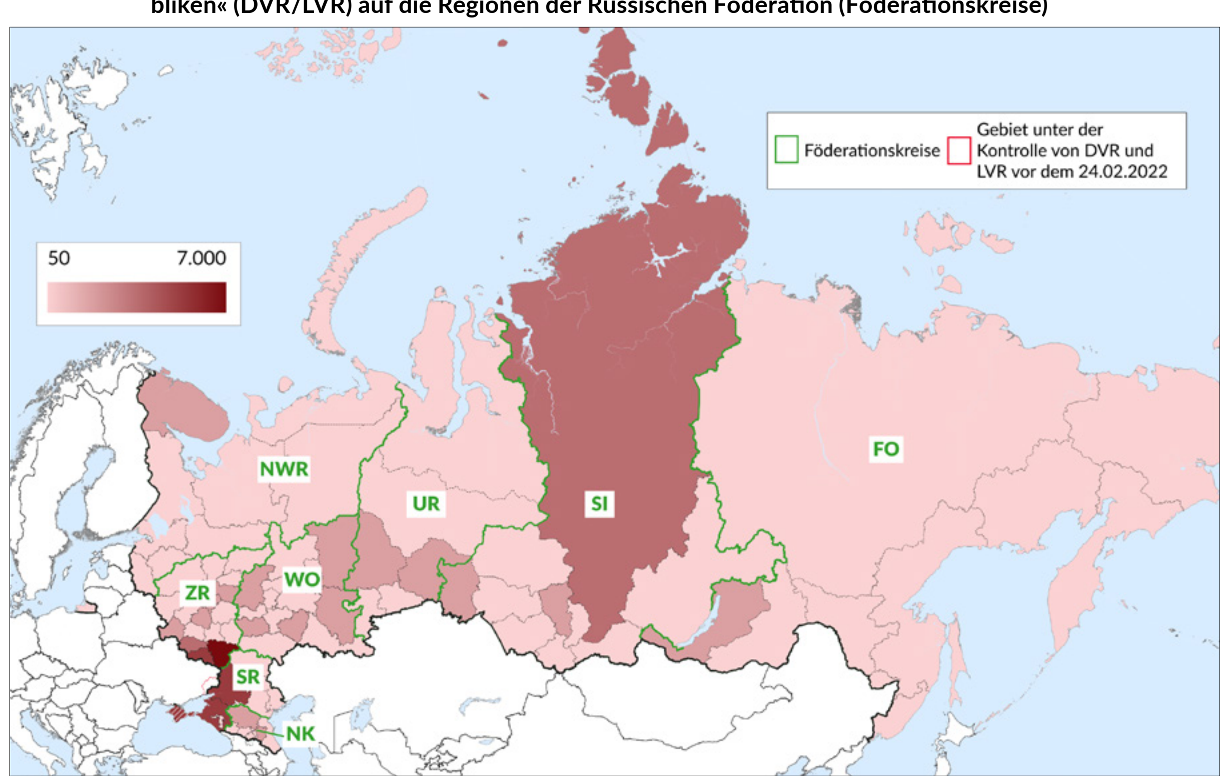
Schlussfolgerungen

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass die demografischen Folgen des Krieges in Russland dramatisch sein werden. Russland wird sich mit ihnen noch Jahre auseinandersetzen müssen. Deshalb haben die russischen Abgeordneten im Vorfeld des Krieges eine Migrationsgesetzgebung vorbereitet, die das System zur Gewährung des Status von humanitären Migrant:innen aus dem Kriegsgebiet regelt, die demografischen Herausforderungen durch die Sicherstellung des Bevölkerungswachstums in der Russischen Föderation angehen und die die Frage der Staatsbürgerschaft nach russischem Recht auf der Grundlage des Prinzips der »Staatsbürgerschaftswahl« in Gebieten mit aktiven und/oder eingefrorenen militärischen Konflikten betreffen.

Über die Autorin

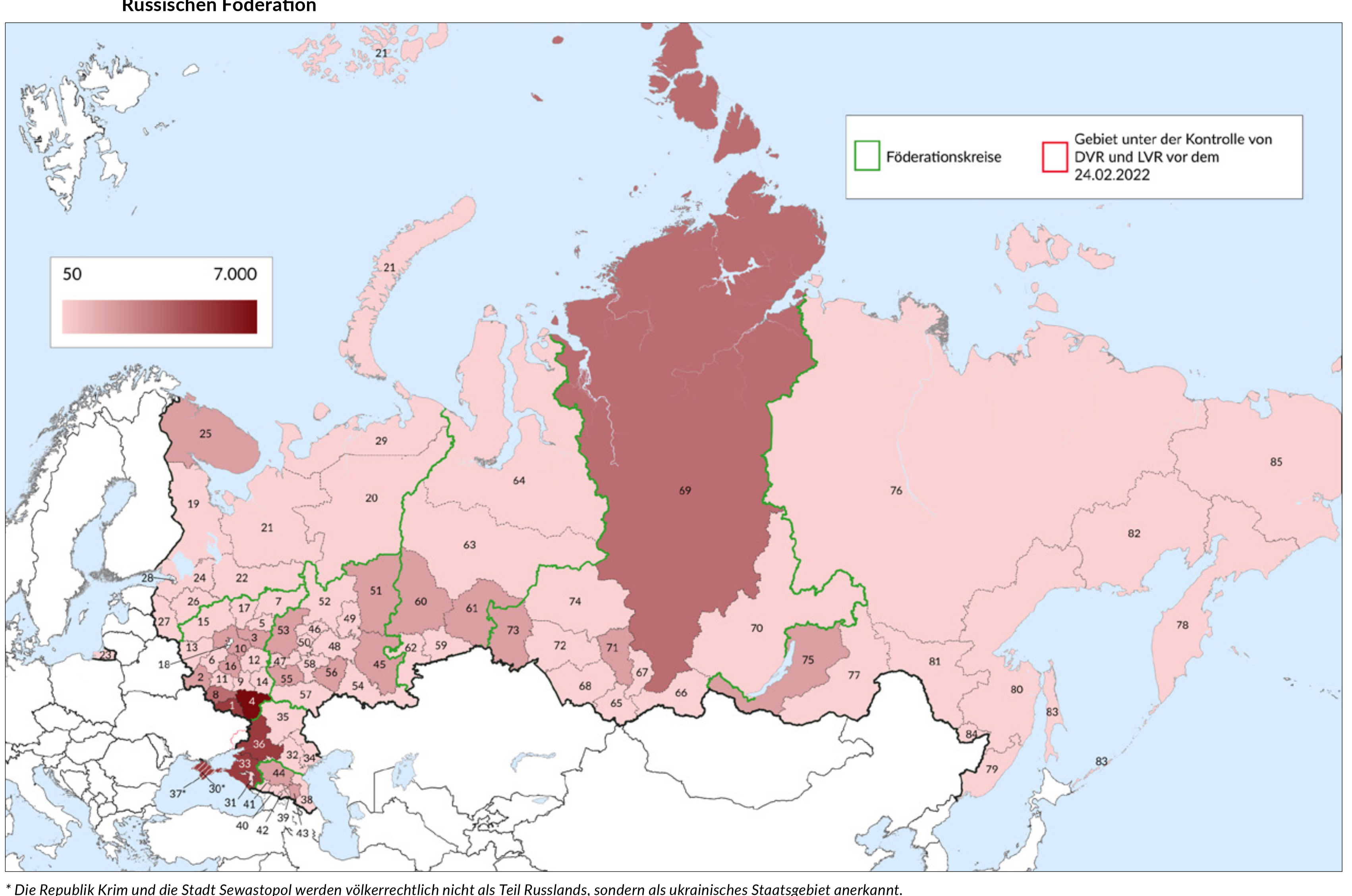
Olga R. Gulina promovierte 2010 an der Universität Potsdam in Migration Studies und 2002 zur Doktorin der Rechtswissenschaften an der Baschkirischen Staatlichen Universität. Sie ist Mitbegründerin des RUSMPI UG, Institute on Migration Policy.

Karte 1: Geplante Quoten für die Verteilung der Einwohner:innen der Donezker und Luhansker »Volksrepubliken« (DVR/LVR) auf die Regionen der Russischen Föderation (Föderationskreise)



Die Republik Krim und die Stadt Sewastopol werden völkerrechtlich nicht als Teil Russlands, sondern als ukrainisches Staatsgebiet anerkannt. Siehe Tabelle 1 auf S. 31 für die Aufschlüsselung der Abkürzungen der Bezeichnungen der Föderationskreise.

Karte 2: Geplante Quoten für die Verteilung der Einwohner:innen der Donezker und Luhansker »Volksrepubliken« (DVR/LVR) auf die Regionen der Russischen Föderation



** Die Republik Krim und die Stadt Sewastopol werden völkerrechtlich nicht als Teil Russlands, sondern als ukrainisches Staatsgebiet anerkannt.*
Siehe Tabelle 1 auf S. 31 für die Aufschlüsselung der Zahlencodes der Subjekte der Föderation und für die genauen Zahlen.

Tabelle 1: Geplante Quoten für die Verteilung der Einwohner:innen der Donezker und Luhansker »Volksrepubliken« auf die Regionen der Russischen Föderation (Föderationskreise)

ZR	**Föderationskreis Zentralrussland**	
1	Gebiet Belgorod	4.547
2	Gebiet Brjansk	1.497
3	Gebiet Wladimir	1.734
4	Gebiet Woronesh	7.000
5	Gebiet Iwanowo	350
6	Gebiet Kaluga	620
7	Gebiet Kostroma	440
8	Gebiet Kursk	3.000
9	Gebiet Lipezk	735
10	Gebiet Moskau	1.595
11	Gebiet Orjol	1.000
12	Gebiet Rjasan	1.208
13	Gebiet Smolensk	126
14	Gebiet Tambow	800
15	Gebiet Twersk	300
16	Gebiet Tula	1.653
17	Gebiet Jaroslawl	800
18	Stadt Moskau	0
NWR	**Föderationskreis Nordwestrussland**	
19	Republik Karelien	400
20	Republik Komi	530
21	Gebiet Archangelsk	370
22	Gebiet Wologda	310
23	Gebiet Kaliningrad	350
24	Gebiet Leningrad	520
25	Gebiet Murmansk	2.452
26	Gebiet Nowgorod	87
27	Gebiet Pskow	700
28	Stadt Sankt Petersburg	0
29	Autonomer Kreis der Nenzen	230
SR	**Föderationskreis Südrussland**	
30	Republik Krim*	4.788
31	Republik Adygeja	200
32	Republik Kalmykien	200
33	Region Krasnodar	5.330
34	Gebiet Astrachan	600
35	Gebiet Wolgograd	450
36	Gebiet Rostow	4.725
37	Stadt Sewastopol*	0
NK	**Föderationskreis Nordkaukasus**	
38	Republik Dagestan	1.268
39	Republik Inguschetien	300
40	Republik Kabardino-Balkarien	800
41	Republik Karatschai-Tscherkessien	150
42	Republik Nordossetien-Alanien	1.000
43	Republik Tschetschenien	1.500
44	Region Stawropol	2.005

WO	**Föderationskreis Wolga**	
45	Republik Baschkortostan	1.867
46	Republik Mari El	280
47	Republik Mordwinien	500
48	Republik Tatarstan	1.020
49	Republik Udmurtien	550
50	Republik Tschuwaschien	1.259
51	Region Perm	1.510
52	Gebiet Kirow	536
53	Gebiet Nishnij Nowgorod	2.100
54	Gebiet Orenburg	300
55	Gebiet Pensa	2.230
56	Gebiet Samara	2.076
57	Gebiet Saratow	480
58	Gebiet Uljanowsk	958
UR	**Föderationskreis Ural**	
59	Gebiet Kurgan	100
60	Gebiet Swerdlowsk	1.650
61	Gebiet Tjumen	1.600
62	Gebiet Tscheljabinsk	565
63	Autonomer Kreis der Chanten und Mansen – Jugra	572
64	Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen	200
SI	**Föderationskreis Sibirien**	
65	Republik Altaj	170
66	Republik Tywa	240
67	Republik Chakassien	424
68	Region Altaj	500
69	Region Krasnojarsk	3.920
70	Gebiet Irkutsk	460
71	Gebiet Kemerowo – Kusbass	1.530
72	Gebiet Nowosibirsk	1.200
73	Gebiet Omsk	2.369
74	Gebiet Tomsk	755
FO	**Föderationskreis Ferner Osten**	
75	Republik Burjatien	1.402
76	Republik Sacha (Jakutien)	534
77	Region Transbaikalien	940
78	Region Kamtschatka	200
79	Region Primorje	1.350
80	Region Chabarowsk	740
81	Gebiet Amur	517
82	Gebiet Magadan	200
83	Gebiet Sachalin	1.305
84	Jüdisches Autonomes Gebiet	50
85	Autonomer Kreis der Tschuktschen	80
	Insgesamt	**95.909**

** Die Republik Krim und die Stadt Sewastopol werden völkerrechtlich nicht als Teil Russlands, sondern als ukrainisches Staatsgebiet anerkannt.*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Ausgeschlossen

Jens Siegert (Moskau)

Es gibt keinen direkten Luftverkehr mehr zwischen Russland und dem Westen. Die Eisenbahnverbindungen nach EU-Europa sind unterbrochen. Schiffe verkehren nicht mehr zwischen russischen und EU-Häfen in der Ostsee. Auch Reisebusse können die wenigen Grenzübergänge nach Lettland, Estland, Finnland und Norwegen nicht mehr passieren, nur noch Privatautos. Dort sind Fußgänger:innen zum sichtbarsten Ausdruck der unterbrochenen Verbindungen geworden. Sie kommen mit PKWs oder Kleinbussen von der einen Seite an die Grenze, ziehen dann ihre Rollkoffer und Kinder die 300 oder 500 Meter zwischen den Grenzposten hinter sich her, um auf der anderen Seite zur Weiterfahrt wieder in wartende Autos zu steigen.

War es bisher eher des Kremls Bestreben, das seit 1990 ziemlich offene Land Stück für Stück wieder vom Rest der Welt abzuschließen, geht seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine die Initiative vom Westen aus. Die unterbrochenen Verkehrsverbindungen sind Teil der Sanktionen. Für russische Bürger:innen gilt seither, unabhängig davon, ob sie den Krieg unterstützen oder nicht: mitgefangen, mitgehangen. Das ist erst einmal verständlich. Die Sanktionen mussten schnell verhängt werden und für Differenzierungen war wenig Zeit. Es gibt aber durchaus Rufe, Russland noch weiter abzuschotten, praktisch zu blockieren. Anfang April 2022 legte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki einen Zehn-Punkte-Plan vor, demzufolge auch alle Grenzübergänge an Land geschlossen werden und russische Staatsbürger:innen keine EU-Visa mehr erhalten sollten (https://tvpworld.com/59265872/polish-pm-unveils-10point-plan-to-stop-the-war-in-ukraine).

Immer mehr EU-Institutionen und -Organisationen, staatliche, staatlich finanzierte, aber auch private, stellen die Zusammenarbeit mit russischen Partnern ein. Russische Sportler:innen werden von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen. Kooperationen mit russischen Wissenschaftler:innen werden beendet. Auslaufende Verträge nicht verlängert. Vieles davon muss geschehen, weil es die Sanktionen vorschreiben. Das Engagement geht aber nicht selten darüber hinaus. Privatunternehmen ziehen sich aus Russland zurück oder müssen sich umständlich erklären, wenn sie das nicht tun, wie jüngst der Chef des Medizinkonzerns Fresenius, Stephan Sturm, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fresenius-chef-sturm-kein-rueckzug-aus-russland-17980170.html).

Auch für Russ:innen, die sich schon in der EU aufhalten, egal, ob sie nun schon vor dem Krieg dort waren oder nach Kriegsausbruch gekommen sind, ist die Luft rauer geworden. Russlanddeutsche berichten davon, immer wieder nach ihrer Loyalität gefragt zu werden. Verträge mit Künstler:innen werden gekündigt, wenn sie sich nicht deutlich genug gegen den Krieg aussprechen. Anfang des Krieges gab es Berichte von Restaurants und Läden, in denen Russ:innen nicht willkommen waren. Einige Universitäten relegierten aus Russland stammende Studierende. Solche Berichte gibt es inzwischen glücklicherweise weniger.

Das alles hat natürlich gute moralische und politische Gründe. Es geht wohl allen in erster Linie darum, so gut es eben geht, zu versuchen, der russischen Aggression gegen die Ukraine Einhalt zu gebieten. Da ist das Kappen oder zumindest das Unterbrechen vieler Verbindungen ein einfaches, schnelles und praktisches Mittel, auch, um zu zeigen, dass man es ernst meint. Aber spätestens jetzt, nachdem der Krieg schon mehr als zwei Monate dauert und der erste Schock abgeklungen ist (oder sein sollte), ist dieses flächendeckende Vorgehen nicht mehr klug. Vielmehr sollten wir es uns leisten, auf den Einzelfall zu schauen und darauf zu achten, dass es auch in Russland nicht wenige Menschen gibt, die gegen diesen Krieg sind, ja, sich öffentlich gegen ihn aussprechen und engagieren – und damit Geldstrafen riskieren und sogar im Gefängnis zu landen. Über 1.000 Verfahren zählen die Polizeibeobachter:innen von OWD-Info schon aufgrund des sogenannten Fake-News-Gesetzes.

Ja, laut Umfragen ist in Russland die Zustimmung für Putin und den Krieg groß. Und selbst wenn man in Betracht zieht, wie zweifelhaft Umfragen in einem immer autoritärer regierten Land sind, gibt es gute Gründe anzunehmen, dass sie tatsächlich hoch ist. Egal wie der Krieg ausgeht, Russland wird dann immer noch da sein. Wenn sich in Russland nichts ändert, ob nun mit oder ohne Putin, wird auch die gegenwärtige Bedrohung weiter bestehen. Um die Bedrohung, die momentan von dem Land ausgeht, zu verringern, muss sich das Land verändern. Diese Veränderung wird letztendlich nur von innen kommen können. Meine inzwischen mehr als 30 Jahre lange Erfahrung mit Demokratieförderung in Russland hat mich vor allem Demut gelehrt, wie wenig Einfluss wir von außen haben und wie sehr es darauf ankommt, was die Menschen im Land selbst wollen und können.

Die besondere Gewalt, die heute von Russland ausgeht, ist Aggression und Autoaggression in einem. Sie ist – jetzt wird es ein wenig dialektisch – Ausdruck, Grund und Folge eines autoritären Staates gleichzeitig,

in dem die Menschen Gemeinschaft, aber nicht Gesellschaft sein dürfen. Tragen die Menschen in Russland dafür zumindest eine Mitverantwortung? Aber natürlich. Sind alle Menschen in Russland so? Natürlich nicht! Eine langfristige Lösung für Russland kann aber nur darin liegen, den Menschen zu helfen, die dazu bereit sind, das Land zu verändern. Das klingt gegenwärtig vielleicht etwas utopisch, ja gar naiv oder ein wenig verrückt. Es gibt aber keine Alternative, wollen wir einst wieder einigermaßen sicher in Europa leben.

Es gibt keine genauen Zahlen, aber nach unterschiedlichen Schätzungen haben seit Kriegsbeginn wohl mindestens 250.000 Menschen das Land verlassen. Gleichzeitig sind viele, die gegen den Krieg sind (und das auch, mehr oder weniger laut, sagen) geblieben und einige sogar zurückgekehrt. Beide, die Ausgereisten wie die Gebliebenen, brauchen unsere Unterstützung. Die beste Unterstützung ist, die Zusammenarbeit mit ihnen fortzusetzen, sie nicht zu unterbrechen, so gut gemeint die Motive auch sein mögen.

Die Verlegerin Irina Prochorowa berichtet zum Beispiel von westlichen Verlagen, die die Zusammenarbeit mit dem von ihr gegründeten und geleiteten Verlag Nowoje Literaturnoje Obosrenije eingestellt haben, um ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu setzen. Das hilft niemandem, sondern ist wohlfeil. Prochorowa popularisiert seit 30 Jahren mit ihrem Verlag internationale geisteswissenschaftliche Literatur auf Russisch. Solange auch immer so etwas in Russland noch möglich ist, sollten wir es wo immer und wie immer möglich unterstützen.

Es gibt übrigens noch einen Grund, gerade jetzt nicht nachzulassen und in demokratische russische Kräfte zu investieren. Auch wenn die russische Affäre mit Demokratie noch ganz am Anfang steht, lässt sich doch schon eine Gemeinsamkeit vieler Demokratisierungsschübe in Russland sehen: Sie geschahen oft nach oder in einem verlorenen Krieg: die Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 nach dem Krimkrieg; die Revolution von 1905 nach dem Russisch-Japanischen-Krieg; die Februarrevolution von 1917 im Ersten Weltkrieg; die Perestroika in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre am Ende des Kalten Kriegs. Umso mehr sollten wir besser vorbereitet sein als beim letzten Mal 1990, vor allem aber den Menschen in Russland, die das auch wollen, dabei helfen, sich und das Land selbst besser vorzubereiten.

Über den Autor
Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und hat sich seither bis Anfang 2021 im Auftrag der EU bemüht, Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern. Im Juli 2021 erschien sein neues Buch »Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen«.

CHRONIK

17. – 24. April 2022

17.04.2022	Kyjiws Bürgermeister meldet nach russischen Beschüssen in den Vororten von Kyjiw Tote und Verletzte. Die russische Seite spricht von hochpräzisen Luftschlägen auf Waffen- und Munitionsdepots bei Kyjiw.
18.04.2022	Lwiw, eine Stadt im äußersten Westen der Ukraine, wird von mehreren russischen Militärschlägen aus der Luft getroffen. Durch die russischen Luftschläge können außerdem den zweiten Tag in Folge Fluchtkorridore in der Ukraine nicht genutzt werden, so die stellvertretende Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk. Sie fordert, Fluchtkorridore für Zivilist:innen einzurichten, die sich in einem Stahlwerk von Asowstal in der Stadt Mariupol im Süden der Ukraine befinden. Auf dem Gelände des Stahlwerks haben sich verbliebene ukrainische Kämpfende verschanzt. Die belagerte Hafenstadt Mariupol wird weiter von starken Luftangriffen in Beschuss genommen, so ein Sprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Die Eroberung der Hafenstadt ist für die russische Seite zentral, da sie eine Landverbindung zwischen der annektierten Krim und den von Russland als unabhängig anerkannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk bildet.
18.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium veröffentlicht über Telegram Angaben über im Krieg in der Ukraine getötete Militärs. Demnach seien 23.367 Soldat:innen auf ukrainischer Seite ums Leben gekommen. Die ukrainische Seite bestätigt diese Zahlen nicht und teilt ihrerseits mit, die russische Seite habe 21.900 Soldat:innen verloren.
18.04.2022	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin sieht 200.000 Arbeitsplätze in Moskau gefährdet, weil immer mehr ausländische Unternehmen ihre Geschäftsaktivitäten in Russland einstellen.

18.04.2022	Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor sperrt die Internetseite der Hilfsorganisation Human Rights Watch in Russland wegen Inhalten zum Einmarsch Russlands in die Ukraine.
18.04.2022	Das russische Außenministerium erklärt den bulgarischen Botschafter in Moskau, Atanas Krystin, und weitere Botschaftsmitarbeiter:innen zu personae non gratae und begründet dies damit, dass Bulgarien zuvor denselben Schritt mit zehn Diplomat:innen der russischen Botschaft in Sofia vollzogen habe. Am Folgetag erklärt das russische Außenministerium, dass zwei Drittel der Mitarbeiter:innen der belgischen Botschaft in Moskau das Land verlassen müssen, ebenfalls als Reaktion auf die vorherige Ausweisung von russischen Botschaftsmitarbeiter:innen aus Belgien.
18.04.2022	In St. Petersburg schließen zwei Covid-Krankenhäuser wegen steigender Einweisungen von Covid-19-Patient:innen. Die Corona-Inzidenz in St. Petersburg ist laut der Nachrichtenagentur Interfax rückläufig, bleibt aber die höchste in Russland. Zuletzt waren in der Stadt 628 neue Fälle von Coronavirus-Infektionen gemeldet worden, in Moskau 497.
18.04.2022	Das Stadtgericht Pskow verurteilt Lew Schlosberg, Vorsitzender der Partei Jabloko im Gebiet Pskow, und seine Frau zu einer Geldstrafe von 62.000 Rubel (etwa 740 Euro). Ihnen war vorgeworfen worden, medial die russische Armee diskreditiert zu haben.
18.04.2022	Spotify ist nicht mehr im russischen AppStore von Apple und im Google Play Store verfügbar. Der schwedische Musikstreaminganbieter hatte zuvor angekündigt, ab dem 11. April sein Angebot in Russland wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine komplett einzustellen.
18.04.2022	Die russische zivile Luftfahrtbehörde Rosawiazija verlängert zum zehnten Mal seit Beginn des Kriegs in der Ukraine das Flugverbot für elf Flughäfen in Zentral- und Südrussland, diesmal bis 25. April. Betroffen sind die Flughäfen in den Städten Anapa, Belgorod, Brjansk, Woronesh, Gelendshik, Krasnodar, Kursk, Lipezk, Rostow am Don, Simferopol und Elista.
19.04.2022	Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilt eine militärische Strategieänderung in der Ukraine mit, wonach sich Russland auf die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk konzentriere. Ziel sei eine »vollständige Befreiung« der selbsternannten »Republiken«, die Russland als unabhängig anerkannt hat. Damit bestätigt er eine Aussage des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der am Vortag eine bereits erwartete russische Großoffensive im Osten des Landes festgestellt hatte. Das russische Verteidigungsministerium sprach von 1.260 militärischen Zielen, die über Nacht im Osten der Ukraine durch Raketen und Artillerie getroffen wurden.
19.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium fordert das ukrainische Militär im Stahlwerk Asowstal in der Stadt Mariupol auf, sich zu ergeben. Ukrainische Einheiten lehnen dies ab. Schätzungen gehen von etwa 3.000 Kämpfenden und einigen Hundert Zivilist:innen aus. Nach dem Verstreichen des Ultimatums beginnt die russische Seite einen groß angelegten Angriff auf das Stahlwerk an.
19.04.2022	Tiktok ist in Russland nicht mehr im AppStore von Apple verfügbar. Das chinesische Videoportal hatte Anfang März das Streamen und Posten neuer Inhalte in Russland eingestellt.
19.04.2022	Der Gouverneur der Oblast Belogorod in der Grenzregion zur Ukraine, Wjatscheslaw Gladkow, teilt mit, dass mehr als 30 Häuser durch Beschuss von ukrainischer Seite aus beschädigt worden seien. Drei Menschen seien verletzt worden.
19.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium öffnet eigenen Angaben zufolge einen Fluchtkorridor aus Mariupol. Michail Misintsew, Leiter der russischen Nationalverteidigungskontrolle, teilt mit, dies gelte ab 14 Uhr Moskauer (13 Uhr mitteleuropäischer) Zeit. Das Ministerium fordert demnach, die in Asowstal verbliebenen Streitkräfte und Zivilist:innen auf, das Gebiet zu verlassen. Die Korridore werden seitens der Ukraine kritisiert, weil die dortige Waffenruhe oft nicht eingehalten werde.
19.04.2022	Kanada belegt Russland mit weiteren Sanktionen. Die Chefin der russischen Zentralbank, Elwira Nabiullina sowie 13 weitere Personen sind davon betroffen.
19.04.2022	Russland weist 15 niederländische Diplomat:innen aus St. Petersburg aus. Zuvor hatten die Niederlande ihrerseits Diplomat:innen des Landes verwiesen. Österreich lädt die Botschafter Russlands und Belarus von einer Gedenkfeier am 15. Mai im Konzentrationslager Mauthausen aus. Die Konsulate der baltischen Staaten in St. Petersburg und Pskow schließen.
19.04.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin und der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan treffen sich in der Präsidentenresidenz Nowo-Ogarjowo in der Moskauer Oblast. Bei dem Treffen sind der Nachrichtenagentur Interfax zufolge die Entwicklung der russisch-armenischen Beziehungen Thema sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen in der Region Bergkarabach.

19.04.2022	Das deutsche Unternehmen Henkel teilt mit, dass es wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine seine Geschäftstätigkeit in Russland beende. Das italienische Energieunternehmen Enel stoppt aufgrund von Sanktionen ein Windpark-Projekt in Tatarstan. Auch die dänische Firma Vestas unterbricht Windenergieprojekte in Tatarstan. Der italienische Nudelkonzern Barilla kündigt an, Investitionen und Werbeaktivitäten in Russland auszusetzen. Das französische Unternehmen Danone stellt den Import von Produkten in die Russische Föderation teilweise ein. Der US-amerikanische Verlag Marvel kündigt an, im Sommer 2022 Comic-Veröffentlichungen in Russland zu stoppen. Weitere Hersteller wie Zewa und Libresse verlassen den russischen Markt.
19.04.2022	Der russische Bildungsminister Sergej Krawzow teilt mit, dass Schulbücher um den Krieg in der Ukraine, der in Russland offiziell »Spezialoperation« genannt wird, ergänzt würden und ab September in Russland zu diesem Thema gesonderte Schulstunden unterrichtet würden. Schulen sei empfohlen worden, wöchentlich die russische Flagge zu hissen und die russische Hymne zu singen, erste Schule starteten damit. Der Kreml begrüßt eine Gesetzesinitiative, Geschichte ab der ersten Klasse zu unterrichten.
20.04.2022	Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, teilt mit, dass der Ukraine ein Verhandlungspapier zur Zukunft des Landes übergeben worden sei. Bei einem Telefonat mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu sagt er, dass der Erfolg neuer Verhandlungen von der Ukraine abhänge. Die Ukraine ihrerseits wirft Russland vor, Verhandlungen hinauszuzögern.
20.04.2022	Fremdwährung im Umfang von 9,8 Milliarden US-Dollar sei von den Privatkonten durch Russ:innen abgehoben worden, so Alexander Danilow, Direktor der Abteilung für Bankenregulierung und Analyse der russischen Zentralbank. Zwei Tage zuvor hatte die russische Zentralbank erlaubt, Banken in Russland wieder Bargeld in Fremdwährung an Bürger:innen zu verkaufen. Wegen westlicher Sanktionen infolge des Kriegs in der Ukraine hatte die Zentralbank dies zur verschärften Kontrolle des Bargeldumlaufs im Land zeitweise untersagt. Die Ausfuhr von Bargeld in Fremdwährung von mehr als 10.000 US-Dollar (etwa 9.000 Euro) hatte Russland Anfang März untersagt, um den Abfluss von Kapital zu verhindern. Die Neuregelung gilt bis 9. September 2022.
20.04.2022	Der Vizegouverneur des Gebiets Krasnodar und Ataman der Kubaner Kosaken-Armee, Alexander Wlasow, teilt mit, dass mehr als 1.500 Kosaken am Krieg in der Ukraine, der in Russland offiziell »Spezialoperation« genannt wird, teilnähmen. Ihm zufolge seien die Kuban-Kosaken bereits in Afghanistan, Transnistrien, Abchasien, Jugoslawien, Syrien und Südossetien im Einsatz gewesen.
22.04.2022	Wladimir Medinskij, Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, bestätigt über Telegram, dass russische und ukrainische Delegationen mehrere lange Gespräche geführt haben. Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilt mit, dass sich die Verhandlungen hinauszögerten. Dafür machen sich die Ukraine und Russland gegenseitig verantwortlich.
20.04.2022	Der russische Oligarch Oleg Tinkow kritisiert per Instagram die »Massaker« seines Landes in der Ukraine und den von Russland geführten Krieg im Nachbarland. Der Gründer der Tinkoff-Bank lebt im Ausland und ist mit westlichen Sanktionen belegt worden. Als Reaktion auf Tinkows Kritik am Krieg kündigte die Tinkoff-Bank an, dass die Bank umbenannt würde.
20.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium gibt den erfolgreichen Test der Interkontinentalrakete Sarmat bekannt. Die Rakete kann Atomwaffen transportieren und soll bis zu 18.000 Kilometer weit fliegen können. Sie werde im Herbst in der Region Krasnojarsk in Dienst genommen, teilt der Leiter der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitrij Rogosin, mit. Der Test war zuvor den USA angekündigt worden.
20.04.2022	Das Taganskij-Bezirksgericht in Moskau bestätigt die Sperrung der Webseite von Echo Moskwy. Der im März verbotene Radiosender war wegen der Sperrung gegen die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor gerichtlich vorgegangen.
21.04.2022	Nach Ablauf eines neuen Ultimatums Russlands an die ukrainischen Streitkräfte, Mariupol aufzugeben, vermeldet das russische Verteidigungsministerium die vollständige Kontrolle über Mariupol bis auf das Stahlwerk von Asowstal. Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin befohlen, den Angriff auf das Industriegebiet in Mariupol abzubrechen, aber die Stadt so zu blockieren, dass »nicht einmal eine Fliege rauskommt«. Ukrainische Streitkräfte widersprechen zunächst der Darstellung, die Stadt sei eingenommen. Ein Buskonvoi mit Geflüchteten verlässt die Stadt.
21.04.2022	Der inhaftierte russische Oppositionelle Alexej Nawalnyj reicht am Moskauer Meschtschanskij-Bezirksgericht Klage gegen die russische Bundesfinanzaufsicht Rosfinmonitoring ein. Die Aufsicht hatte Nawalnyj in die Liste von Terrorist:innen und Extremist:innen aufgenommen.
21.04.2022	Die USA erlassen neue Sanktionen gegen Russland. Betroffen sind unter anderem die Transkapitalbank, das Krypto-Unternehmen Bitriver sowie Privatpersonen, wie der Oligarch Konstantin Malofejew.
21.04.2022	Der Chef des zweitgrößten russischen Ölkonzerns Lukoil, Wagit Alekperow, tritt zurück. Einen Grund teilt der Konzern zunächst nicht mit.

21.04.2022	Russland belegt 29 US-Amerikaner:innen mit einem Einreiseverbot nach Russland auf unbestimmte Zeit. Unter ihnen sind Facebook-Gründer Mark Zuckerberg und US-Vizepräsidentin Kamala Harris. Russland verhängt außerdem Sanktionen gegen 61 kanadische Staatsbürger:innen. Großbritannien verhängt Sanktionen gegen weitere 26 Russ:innen, unter ihnen sind der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow und der Leiter der Russischen Eisenbahn, Oleg Beloserow. Die Europäische Union verhängt Sanktionen gegen den russischen Geschäftsmann Jewgenij Prigoshin. Australien verhängt Sanktionen gegen mehr als 140 russische Personen, vor allem Senator:innen sowie die beiden Töchter des russischen Präsidenten Wladimir Putins.
22.04.2022	Rustam Minnekajew, Kommandeur des Zentralen Militärbezirks, teilt mit, Ziel der zweiten Phase der sogenannten Spezialoperation in der Ukraine sei die vollständige Kontrolle über den Donbas und die Südukraine zu erlangen, um einen Landkorridor zur Krim und eine Verbindung nach Transnistrien zu schaffen.
22.04.2022	Der russische Oppositionelle Wladimir Kara-Mursa wird festgenommen und angeklagt, weil er Falschinformationen über die russische Armee verbreitet haben soll. Er bestreitet die Vorwürfe und legt Berufung ein. Gegen den Yandex-Mitarbeiter und ehemaligen Journalisten Ilja Krasilschtschik wird ein Strafverfahren wegen Verbreitung falscher Informationen über den Einsatz der russischen Streitkräfte eröffnet. Der Menschenrechtsaktivist Lew Ponomarjow verlässt Russland.
22.04.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin telefoniert mit dem Präsidenten des Europäischen Rats Charles Michel zur Situation in der Ukraine. Putin wird damit zitiert, weitere Gespräche mit der Ukraine hingegen vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenkyj abhängig zu machen. Ferner sichert er den ukrainischen Kämpfenden im Stahlwerk von Asowstal die Einhaltung von internationalem Recht zu, wenn diese sich ergeben. Gleichzeitig wirft er der ukrainischen Führung vor, den Kämpfenden den Übergang in die Kriegsgefangenschaft nicht zu gestatten.
23.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass seit Beginn des Krieges in der Ukraine, der in Russland offiziell »militärische Spezialoperation« genannt wird, mehr als 951.000 Einwohner:innen aus der Ukraine und der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk nach Russland evakuiert worden seien. Der Pressedienst des russischen Geheimdienstes FSB in der Oblast Rostow meldet mehr als 14.000 Geflüchtete in den vergangenen 24 Stunden aus der Ukraine. Insgesamt seien seit Mitte Februar mehr als 720.000 Geflüchtete aus der Ukraine in der Region Rostow angekommen.
23.04.2022	Das russische Verteidigungsministerium weist Aussagen der USA, wonach Russland in der Ukraine den Einsatz von atomaren Waffen plane, als »absurd« zurück. Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow mitgeteilt, Russland werde keine Atomwaffen in der Ukraine einsetzen.
23.04.2022	Ein Kontrollpunkt in der Kursker Oblast ist dem Gouverneur Roman Starowojt zufolge von ukrainischen Kräften beschossen worden. Ein Gebäude sei in Brand geraten, Verletzte gab es nicht, teilt er mit. Der Leiter des Bezirks Belgorod der Oblast Belgorod, Wladimir Perzew, teilt am Folgetag mit, dass eine Granate aus dem Territorium der Ukraine das Dorf Otradnoje getroffen habe.
22.04.2022	Nach dem Untergang des russischen Kriegsschiffes Moskwa meldet das russische Verteidigungsministerium einen Toten und 27 vermisste Matrosen. Die übrigen 396 seien gerettet worden. Der Waffenkreuzer sei infolge einer Munitionsexplosion und des dadurch ausgelösten Feuers an Bord am 13.04.2022 gesunken, so das Verteidigungsministerium.
24.04.2022	Nach einem Brand in einem Militärforschungsinstitut in Twer steigt die Zahl der Todesopfer auf 17. Acht Menschen werden vermisst.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Clara Lipkowski

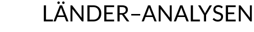
Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

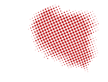
Redaktion:
Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Florian Kübler
Chronik: Clara Lipkowski
Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/































Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/